

# ROTE ANNELIESE

**Solarfabrik in Steg:** Die  
Chance für das Wallis › 9

**Täsch:** Staatsrat und Justiz  
gegen Kindergärtnerin › 12

**Briger Betreibungsamt:**  
Es wird immer bunter › 20

## Walliser Kantonalbank: Die Abkassierer



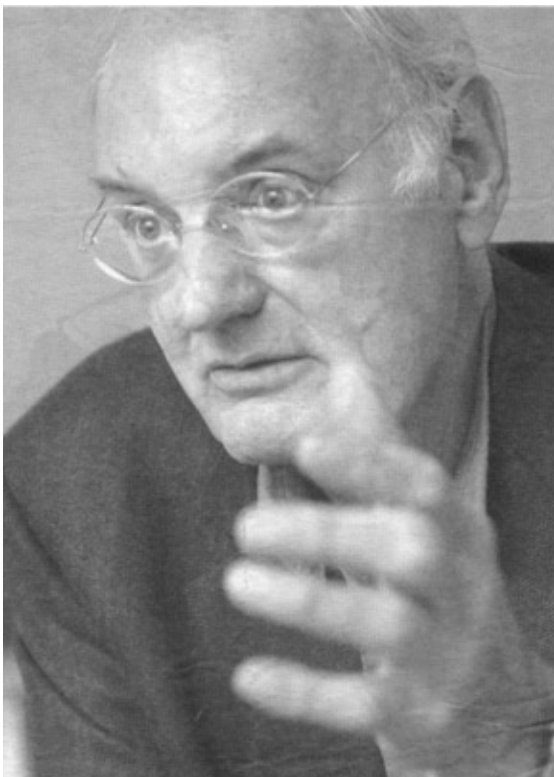
SEITE › 6

## Pumpspeicherwerk: SPO will Schutz- gebiet ertränken!

SEITE › 4

## Zwölf Jahre Rey-Bellet: Abfall-Deponien so weit das Auge reicht

SEITE › 8



**Elmar Altvater:**  
Kapital und  
Umweltkrise

SEITE › 16

# Solar-Offensive statt Pumpspeicherung!

Die Schweizer Stromwirtschaft, welche zu 80 Prozent in öffentlicher Hand ist, fährt alljährlich mehr als 2 Milliarden Gewinne ein. Sie schwimmt im Geld. In ganz Europa baut sie Gas- und Kohlekraftwerke. Auch in der Schweiz werden Atom- und Gaskraftwerke geplant. Deshalb will die Stromlobby das Hochspannungsnetz ausbauen und Milliarden in neue Pumpspeicherkraftwerke investieren. Der Kanton Wallis ist dadurch besonders betroffen.

Die europäische Koordinatorin für das Stromnetz (UCTE) liess Anfang Juni die Katze aus dem Sack: Das Schweizer Hochspannungsnetz – also auch die geplante Stromleitung durchs ganze Wallis – soll zum Zweck des «*wachsenden Stromaustauschs zwischen Frankreich und Italien*» ausgebaut werden. Mitglied der UCTE ist die swissgrid, welche das Schweizer Hochspannungsnetz betreibt und welche von der Stromwirtschaft beherrscht wird. Swissgrid wehrt sich mit Händen und Füßen gegen eine Erdverlegung der Leitung im Wallis. (siehe Seite 3)

Im Kanton Wallis sind Pumpspeicherkraftwerke für 1,5 Milliarden in Planung, namentlich die Projekte Emosson, Argessa und Zwischbergen. In diesen Kraftwerken würden rund 670 Gigawattstunden (GWh) Strom vernichtet, was dem Stromverbrauch von 170 000 Haushaltungen entspricht oder dem 30-fachen der heutigen Solarstromproduktion der Schweiz. Pumpspeicherkraftwerke sind Teil des Systems der Aufrüstung mit

Atom- und Gaskraftwerken, welche in direkter Konkurrenz zur Wasserkraft stehen.

Der Kanton Wallis will das Pumpspeicherprojekt Emosson finanziell unterstützen. SPO-Staatsrat Thomas Burgener propagiert dieses Stromvernichtungswerk und verlangt eine möglichst grosse Beteiligung des Kantons. Aufgrund des Gesetzes sind maximal 10 Prozent, d. h. maximal 100 Millionen Franken möglich. Unter dem Einfluss von Alt-SPO-Staatsrat Peter Bodenmann spricht sich skandalöserweise auch die SPO für den Bau eines Pumpspeicherkraftwerkes im Zwischbergental aus, welches zusammen mit dem Laggintal zum Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung (BLN) gehört! (siehe Seite 4)

330 Millionen hat das eidgenössische Parlament für die Förderung der erneuerbaren Energien gesprochen. Davon profitieren viele Wasserkraftwerke, welche auch ohne diese Subventionen rentabel wären. Deshalb schiessen nun die Wasserkraftprojekte im Wallis aus dem Boden. Für die Solarenergie hingegen sind mickrige 16 Millionen vorgesehen. Deshalb muss jetzt der Kanton Wallis in die Bresche springen. Energieminister Thomas Burgener ist gefordert: Statt Millionen im Stromvernichtungswerk Emosson zu verlocken, braucht es eine kantonale Solaroffensive und eine Solarfabrik in Steg. (siehe Seite 9)

Kurt Marti

## ROTE ANNELIESE

Jugendabo: Fr. 25.–  
Jahresabo: Fr. 50.–  
Unterstützungsabo: 80.–  
PC 19-8382-6

## REDAKTOR

Kurt Marti (ktm)

## FREIE

### MITARBEITERINNEN

Hilar Eggel  
Susanne Hugo-Lötscher  
Marie-Theres Kämpfen  
Simone Rubin  
Renata Werlen

## HERAUSGEBER

Verein Rote Anneliese  
Postfach 441  
3900 Brig-Glis  
Tel. 027 923 63 89  
rote.anneliese@rhone.ch

## SATZ UND DRUCK

s+z Gut zum Druck  
3902 Brig-Glis

**Hochspannung:**  
Kurzschlüsse  
der Stromlobby  
SEITE > 3

**Zwischbergental:**  
Mit SPO-Plan  
unter Wasser  
SEITE > 4

**Kantonallbank:**  
Die Meister im  
Abkassieren  
SEITE > 6

**12 Jahre Rey-Bellet:**  
154 illegale  
Abfall-Deponien  
SEITE > 8

**Solarstrom:**  
Kanton Wallis  
muss handeln  
SEITE > 9

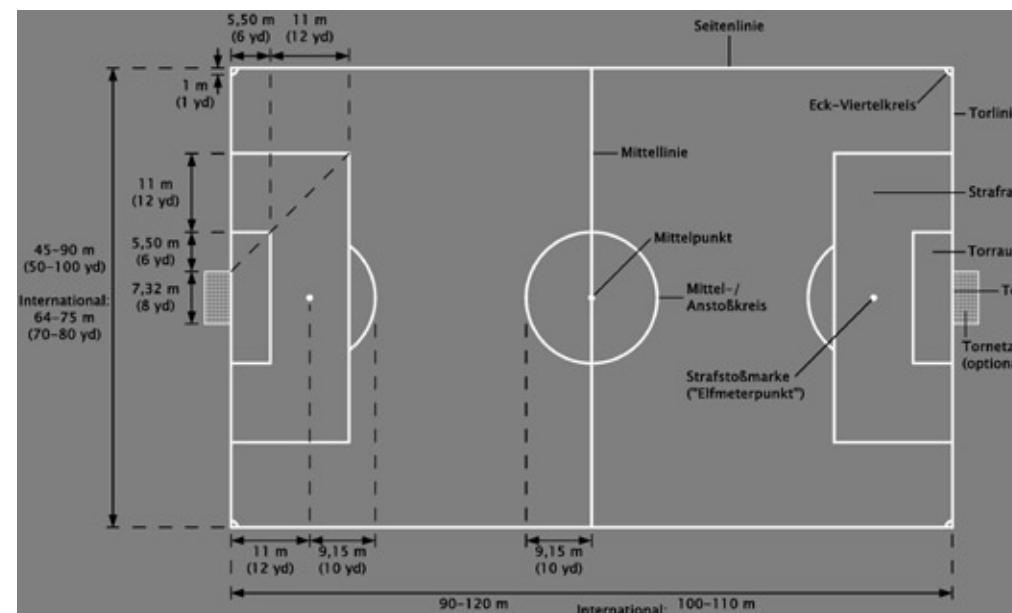
**Leukerbad-Debakel:**  
WB und RA im  
Vergleich  
SEITE > 10

**Staatsrat und Justiz:**  
Böses Foul gegen  
Kindergärtnerin  
SEITE > 12

**Hunger in der Welt:**  
Profitgier kennt  
keine Grenzen  
SEITE > 14

**Elmar Altvater:**  
Kapital und  
Umweltkrise  
SEITE > 16

**Paul-Bernhard Bayard:**  
Finanzinspektorat  
hat keine Freude  
SEITE > 20



**Die internationalen Masse eines Fussballfeldes:** Eine Konverter-Station von 40 x 70 m hätte darin dreimal Platz.



**Christian Brunner, EOS-Verantwortlicher für das Stromnetz:** Eine Konverter-Station ist so gross wie mehrere Fussballfelder.

**Hochspannungsleitung Chamoson-Ulrichen:** Peinliche Kurzschlüsse der Stromwirtschaft

# Wie gross ist ein Fussballfeld, Herr Brunner?

**WALLIS – Die Hochspannungsleitung von Chamoson bis nach Ulrichen soll mittels Gleichstromkabel unter die Erde. Der Widerstand der Bevölkerung wächst. Die Schweizer Stromwirtschaft hingegen will möglichst rasch Freileitungen in die Landschaft setzen. Ende Mai forderte die Stromlobby an einer Pressekonferenz den raschen Bau von Freileitungen. Am Schluss der wirren Argumentation stellt sich die zentrale Frage: Wie gross ist eigentlich ein Fussballfeld?**

VON KURT MARTI

Der massive Widerstand gegen den Bau von Hochspannungs-Freileitungen hat die Stromlobby völlig überrascht. Ende Mai trat der Westschweizer Energiekonzern «Energie Ouest Suisse» (EOS) und die swissgrid, welche das Schweizer Hochspannungsnetz beherrscht, an die Öffentlichkeit und verlangten «so rasch wie möglich» den Bau der Hochspannungs-Freileitung Chamoson-Chippis. Angesichts der «dringlichen Lage» verlangten sie einen Entschluss des Bundesrates «bis

Ende Herbst 2008». Der geballte Elektrofilz will damit verhindern, dass die Gleichstromverkabelung ernsthaft geprüft wird.

## Stromlobby mit zauberhafter Mathematik

In den Presseunterlagen zaubern die EOS und die swissgrid wirre Argumente gegen die Gleichstrom-Erdverlegung aus dem Ärmel. Beispielsweise wird behauptet, an den beiden Enden einer Gleichstromleitung müssten Konverter-Stationen von «40 x 70 m» gebaut werden,

welche «so gross wie mehrere Fussballfelder» seien. Eine ähnliche Behauptung steht seltsamerweise ebenfalls in einem internen Papier des Eidgenössischen Starkstrominspektorates (ESTI), welches für die Genehmigung der Starkstromanlagen in der Schweiz zuständig ist. Das ESTI rechnet mit einer Fläche von «etwa 5 Fussballfeldern», was etwa einem Feld von 170 x 240 m entspreche. Gemäss FIFA-Richtlinien betragen die maximalen, internationalen Masse eines Fussballfeldes 110 x 70 m. Wie der EOS-Verantwortliche für das Stromnetz, Christian Brunner, und der ESTI-Mitarbeiter Dario Marty auf mehrere Fussballfelder kommen, ist ein Rätsel. Denn die Fläche von 40 x 70 m hat in einem internationalen Fussballfeld dreimal Platz. Und in fünf Fussballfelder passen 15 Konverter-Stationen hinein. Angesichts dieser mathematischen Fähigkeiten erstaunt es nicht, dass es zum SBB-Kollaps kommen konnte.

## Stromfilz im ESTI würde eine Sonderausgabe der RA füllen

Dass die EOS und die swissgrid lieber Freileitungen bauen, ist aus Gründen der Bequemlichkeit noch verständlich. Dass aber die offizielle, eidgenössische Bewilligungsinstanz ESTI solche und noch weitere tendenziöse Behauptungen herausgibt, ist nicht akzeptabel. Zum Beispiel behauptet das ESTI, dass eine Gleichstromverkabelung erst ab einer Länge von 600 km wirtschaftlich sei und beruft sich dabei auf Angaben der Siemens AG. Hätte sich ESTI-Mitarbeiter Marty in den neusten Unterlagen der ABB umgesehen, wäre er auf rund 100 km Länge gekommen. Die Haltung des ESTI erstaunt nur auf den ersten Blick, denn das ESTI ist eng mit der Stromlobby verflochten und gibt zusammen mit dem Stromverband VSE eine gemeinsame Zeitschrift heraus. Im ESTI-Vorstand geben sich die Stromlobbyisten und Interessenten ei-

ner Freileitung die Hand. Die Auflistung dieses Filzes würde eine Sonderausgabe der RA füllen.

## Wachsender Strom-austausch zwischen Frankreich und Italien

Der Bundesrat will im Herbst Schutz- und Nutzkriterien für eine Verkabelung von Hochspannungsleitungen präsentieren. Bundesrat Moritz Leuenberger muss dafür sorgen, dass diese Abklärung nicht zur Spielwiese der Stromlobby wird. Es geht hier um die Interessen der Bevölkerung und nicht des internationalen Stromhandels. In einer brandneuen Studie der UCTE, der Koordinatorin des europäischen Übertragungsnetzes, steht nämlich geschrieben, wofür der massive Ausbau des Schweizerischen Hochspannungsnetzes benötigt wird, nämlich zum Zweck des «*wachsenden Stromaustauschs zwischen Frankreich und Italien*». Die swissgrid ist Mitglied der UCTE!

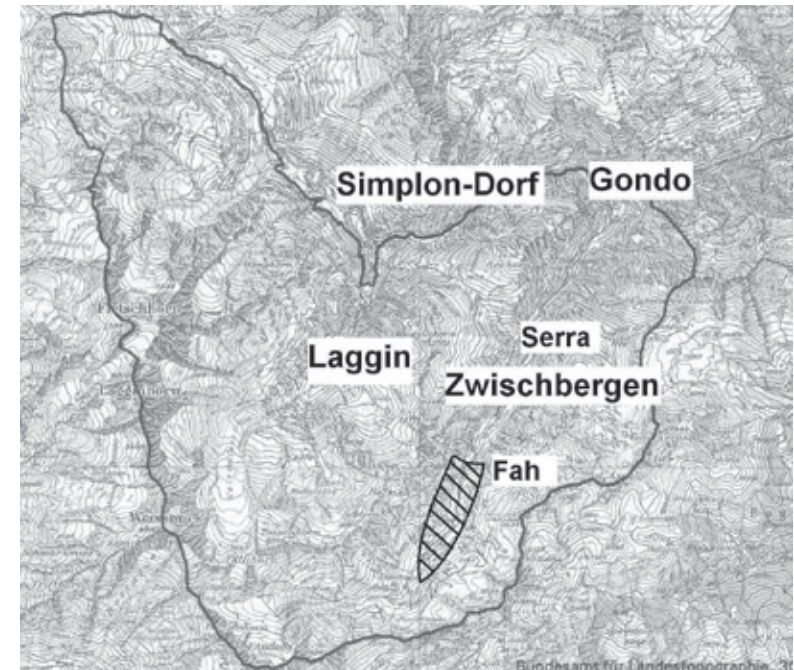




**Heutiger Stausee Serra im Zwischbergental:** Von hier soll das Wasser nachts mit europäischem Atom- und Kohlestrom in den neuen Stausee Fah hochgepumpt werden.



**Heutiges Ausgleichsbecken auf der Alpe Fah im Zwischbergental:** Die SPO will hier eine 85 Meter hohe Staumauer bauen, um laut SPO «Kohle» zu machen.



**BLN-Gebiet «Laggintal – Zwischbergental»:** Dem Pumpspeicherwerk würden 60 ha des national geschützten Gebietes zum Opfer fallen.

Propaganda für ein Pumpspeicherkraftwerk im Zwischbergental

# SPO will Naturschutzgebiet unter Wasser setzen!

**ZWISCHBERGEN – Bisher hat sich die Linke immer konsequent gegen die Pumpspeicherung und gegen die Überflutung der letzten, naturnahen Alpentäler gewehrt. Neuerdings propagiert die SP Oberwallis den Bau eines Pumpspeicherkraftwerkes und zu diesem Zweck die Überflutung des national geschützten Zwischenbergentales. Die Idee dazu stammt von der Energie Ouest Suisse (EOS), welche damit Atom- und Kohlestrom veredeln will.**

VON KURT MARTI

Mitte März 2008 verkündet die EOS in Lausanne, dass sie im Zwischbergental auf der Südseite des Simplons ein Pumpspeicherkraftwerk mit einer Leistung von 43 MW plant. Bereits heute ist die EOS auf der Simplon-Südseite als Stromproduzentin tätig, und zwar als Hauptaktionärin der Energie Electrique du Simplon (EES). Die EOS hält 80 Prozent der EES-Aktien, die EnAlpin 9,3 Prozent, das EWB 3 Prozent und die Walliser Elektrizitätsgesellschaft 2,6 Prozent. Weitere private

Aktionäre halten die restlichen Prozente.

**Zusätzliche Produktion wird wieder vernichtet!**

Das Pumpspeicherkraftwerk ist als Erweiterungsbau der bestehenden EES-Anlagen geplant. So soll die heutige, rund neun Meter hohe Staumauer des Ausgleichsbeckens auf der Alpe Fah (siehe Foto) auf 85 Meter erhöht werden, so dass ein Stausee von 52 ha Fläche und 1,7 km Länge entstehen würde. Der Stausee würde einen Teil des Zwischenbergentales überfluten, wel-

ches im «Bundesinventar der Landschaften von nationaler Bedeutung» (BLN) aufgeführt ist. Dafür würde 175 000 m<sup>3</sup> Beton hochtransportiert und auf drei Deponien würden 115 000 m<sup>3</sup> Aushub abgelagert. Der Bau von Zufahrtsstrassen und die Deponien würde einen weiteren Verlust von Landschaft und Biotopen in der Grösse von 8 ha erfordern.

Das Wasser würde mittels Pumpen aus dem tiefer gelegenen Stausee Serra (siehe Karte Seite 5) nachts mit günstigem Euro-Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken hochgepumpt und tagsüber, wenn der Strompreis hoch ist, wieder turbinert. Dadurch verspricht sich die EOS lukrative Gewinne. Die EOS will 160 Millionen investieren und dadurch angeblich «zusätzliche» 120 GWh Spitzenstrom produzieren. Der «zusätzliche» Strom setzt sich zusammen aus dem Pumpstrom und dem Strom, welcher mit den natürlichen Zuflüssen produziert würde. Über die

genaue Aufteilung wollte die EOS auf Anfrage keine Auskunft geben. Angenommen drei Viertel oder 90 GWh des «zusätzlichen» Stroms stamme aus dem Pumpbetrieb, dann muss dafür wegen der 30-prozentigen Verluste rund 120 GWh eingesetzt werden. Folglich würden die Pumpverluste 30 GWh betragen, also exakt die Produktion aus den neu gefassten Zuflüssen wieder vernichten. Ein Nullsummenspiel! Die EOS versucht dem Projekt ein grünes Mäntelchen umzuhängen, indem sie behauptet, die Windkraftwerke in Europa würden immer mehr Regenergie benötigen. Eine wissenschaftliche Studie der ETH kommt zu einem ganz anderen Schluss (siehe Kasten: Die schönsten Märchen über die Pumpspeicherung).

**SPO will Kohle mit der weissen Kohle machen!**

Dass die EOS auf den gegenwärtigen Pumpspeicher-Zug

aufspringen will, erstaunt nicht. Dass aber die SP Oberwallis fünf Tage nach der EOS-Pressekonferenz ebenfalls ein Pumpspeicherkraftwerk im national geschützten Zwischbergental propagiert, lässt aufhorchen. In einem WB-Leserbrief «Neues Gold in Gondo» lobt die SPO die Vorzüge der Pumpspeicherung und will mit der «weissen Kohle» machen. Mit einer Investition von «bloss» 160 Millionen Franken sollen laut SPO im neuen Pumpspeicherkraftwerk angeblich «120 Millionen Kilowattstunden mehr Strom» produziert werden. Wie die EOS schlägt die SPO eine 85 Meter hohe Staumauer auf der Alpe Fah vor und will damit einen Teil des geschützten BLN-Gebietes im Zwischbergental überfluten. Doch damit nicht genug! Blauäugig verlangt die SPO von der EOS, dass sie die EES-Aktien zum halben gegenwärtigen Wert verkauft und dass das Oberwallis unter der Federführung des EWB 3 das Pumpspeicherwerk sel-

ber baut. Im Unterschied zur EOS will die SPO eine «Kombination mit Windkraftanlagen im Simplon-Gebiet». Aber dafür braucht es keine neuen Pumpspeicherwerke (siehe Kasten: Die schönsten Märchen über die Pumpspeicherung).

**Peter Bodenmann als Ideenlieferant der SPO**

Die Idee für den SPO-Leserbrief vom 20. März 2008 stammt von Alt-SPO-Staatsrat Peter Bodenmann. Auf die Frage, wie diese Stellungnahme für die Pumpspeicherung innerhalb der SPO abgestützt sei, antwortete Bodenmann gegenüber der RA: «Die SP Oberwallis hat Organe. Diese entscheiden, ob eine Stellungnahme erscheint oder nicht. Auch beim vorliegenden Artikel.» Offen bleibt, welche Organe dafür zuständig waren; der Kopf oder das Herz, die Leber oder die Niere. Eines aber ist sicher: Die Euphorie der «SPO-Organen» und freilich auch der EOS wird sich rasch abkühlen, wenn sie auf den geballten Widerstand der Umweltorganisationen treffen wird, welche auf der Grimsel auf einen äusserst erfolgreichen, 20-jährigen Widerstand gegen die Pumpspeicher-Pläne der Kraftwerke Oberhasli (KWO) zurückblicken können. Es wird nicht leicht sein, das gesetzlich erforderliche, nationale Interesse für das Zwischbergen-Projekt zu begründen.

## Die drei schönsten Märchen über die Pumpspeicherung

**1. Die Windparks in Deutschland brauchen Regenergie zum Ausgleich von Produktionsschwankungen.**

Laut einer Studie des renomierten ETH-Instituts «Centres for Energy Policy and Economics» (CEPE) lässt die Windstromproduktion in Deutschland «keine grossen Auswirkungen auf die Schweiz erkennen». Die Windenergie erfordere zum Ausgleich von Produktionsschwankungen nicht grosse Pumpspeicherwerke, sondern «mehr Kapazität von Back-Up Technologien». Dafür werden laut CEPE «wenig kapitalintensive Gasturbinen zugebaut».

**2. Die Wind- und Solarstromproduktion in der Schweiz braucht Regenergie zum Ausgleich von Produktionsschwankungen.**

Mit diesem Argument hausiert die Stromlobby schon seit Jahren, um der unökologischen Pumpspeicherung ein Umwelt-Mäntelchen umzuhängen. Die Gesamtleistung der bestehenden Windenergieanlagen in der Schweiz beträgt rund 12 MW, geplant sind bis 2012 rund 90 MW. Dafür braucht es heute eine Regenergie von rund 4 MW und

wenn alle geplanten Windkraftwerke gebaut würden rund 25 MW. Heute verfügt die Schweiz über Speicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 8 000 MW und zusätzlich über eine Pumpspeicherkapazität von 1 800 MW, also ein Vielfaches der benötigten Regenergie. Zudem werden laut CEPE nicht teure und grosse Pumpspeicherkraftwerke benötigt, sondern kleine und günstige Back-up-Technologien.

**3. Mit Pumpspeicherkraftwerken eröffnen sich lukrative Gewinne.**

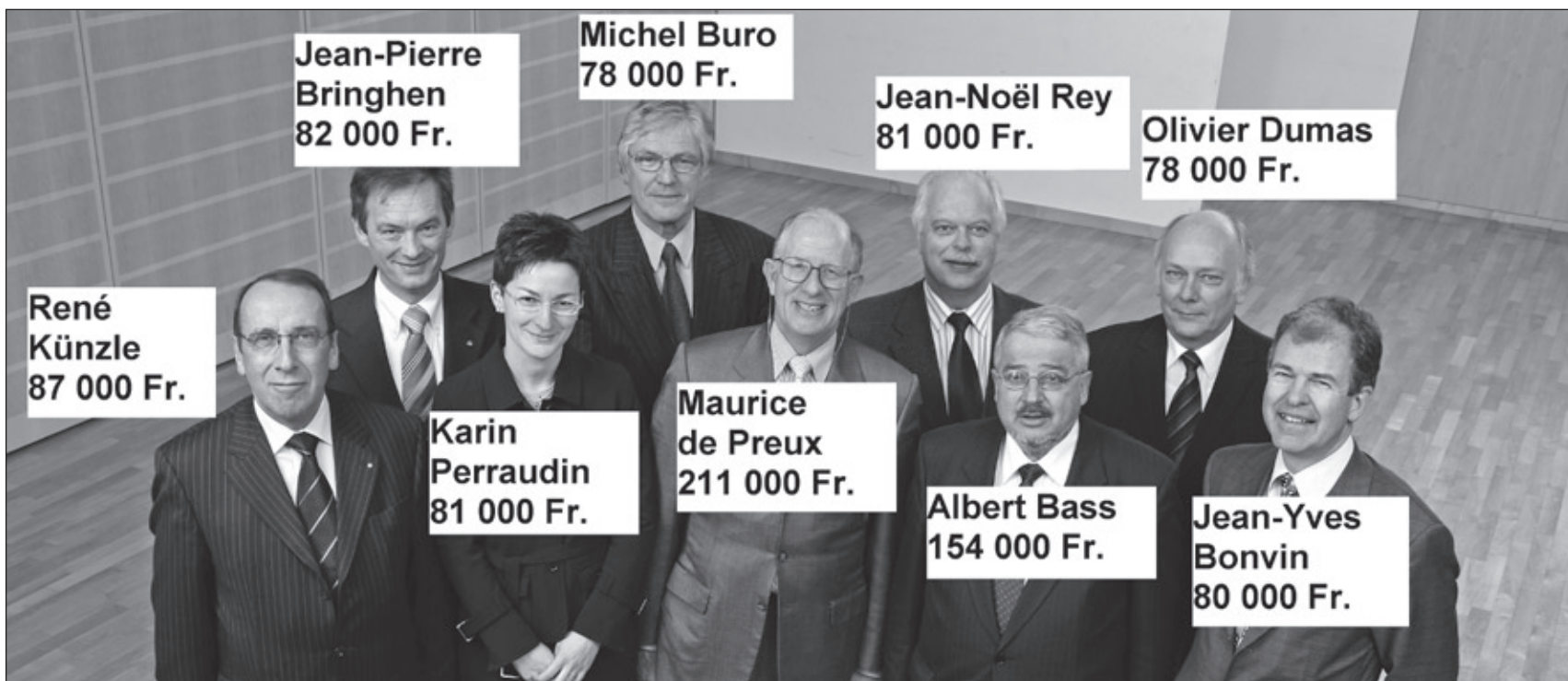
Die Pumpspeicherproduktion braucht eine Mindestmarge von 30 Prozent, um die Pumpverluste zu kompensieren. Mit dem billigen Nachtstrom aus den alten Atom- und Kohlekraftwerken in ganz Europa lässt sich heute noch eine lukrative Marge erreichen. Aber diese wird dahinschmelzen, wenn alte AKW vom Netz gehen und wenn die CO<sub>2</sub>-Abgaben den Euro-Strom verteuern. Im Kanton Wallis sind Pumpspeicherkraftwerke für insgesamt 1 500 Millionen Franken geplant (Emosson, Argessa, Simplon). Das Risiko ist hoch, dass daraus in 15 bis 20 Jahren sogenannte «nicht amortisierbare Investitionen» (NAI) werden.



## Walliser Boten: Zur Belohnung gibt's Atel-Inserate

Die Aare Tessin AG für Elektrizität (Atel) will in Emosson zusammen mit der SBB ein Pumpspeicherkraftwerk mit einer Leistung von 600 MW bauen. Im Jahr benötigt dieses Werk 1800 GWh Euro-Strom (vor allem aus Atom- und Kohlekraftwerken). Bei einem Pumpverlust von 30 Prozent werden in diesem «Minus-Kraftwerk» 540 GWh jährlich vernichtet, was dem Stromverbrauch von rund 130 000 Haushaltungen entspricht. Zum Vergleich: Das Wallis hat rund 110 000 Haushalte. Im WB erschienen dazu mehrere, wohlwollende Artikel, welche von der PR-Abteilung der Atel prompt mit zwei halbseitigen WB-Inseraten (siehe Bild) belohnt wurden.





WKB-Verwaltungsrat

## Entschädigungen der Walliser Kantonalbank:

Verwaltungsräte und Generaldirektoren schwingen im Kantonsvergleich oben aus

# Meister im Abkassieren

**WALLIS – Die Walliser Kantonalbank (WKB) lässt sich nicht lumpen! Die Verwaltungsräte und Mitglieder der Generaldirektion kassieren jährliche Gesamtsaläre, welche weit über dem Durchschnitt anderer, vergleichbarer Kantonalbanken liegen. Trotzdem segnet der Staatsrat diese Akassiererei alljährlich ab, obwohl der Kanton Mehrheitsaktionär ist und obwohl eine Staatsgarantie besteht.**

VON KURT MARTI

Mit einer Bilanzsumme von 8,2 Milliarden ist die Walliser Kantonalbank (WKB) vergleichbar mit den Kantonalbanken von Zug, Freiburg und Schwyz (*siehe Grafik Seite 7*). In Bezug auf die Gesamthonorare der Verwaltungsräte und Direktionsmitglieder hingegen lässt die WKB diese drei Kantone weit hinter sich. Die Gesamtentschädigung der neun WKB-Verwaltungsräte beträgt inklusive Sozialleistungen 933 000 Franken. Da können die Kantonalbanken von Zug, Freiburg und Schwyz bei weitem nicht mithalten. Die VR-Gesamtsaläre betragen in Zug 542 000 Franken, in Freiburg 504 000 Franken und in Schwyz 607 000 Franken. Die neun WKB-Verwal-

tungsräte kassieren also fast das Doppelte.

Ebenso präsentiert sich das Bild bei den Entschädigungen der sechs Mitglieder der Generaldirektion, welche total 4,3 Millionen Franken abräumen. In Zug sind es total 2,6 Millionen, in Freiburg 1,3 Millionen und in Schwyz 2,9 Millionen. Verwaltungsrat und Direktion kosten also im Wallis rund 2 Millionen Franken mehr als im Kanton Zug und sogar 3,4 Millionen mehr als im Kanton Freiburg.

**WKB übertrifft auch die meisten grösseren Kantonalbanken**

Die WKB-Abkassierer über-treffen nicht nur vergleichbare Kantonalbanken, son-

dern auch die meisten grösseren Kantonalbanken. Das Gesamthonorar der WKB-Direktion wird nur von den beiden grössten Kantonalbanken von Zürich und der Waadt übertroffen, welche allerdings bezüglich der Bilanzsumme und der Anzahl MitarbeiterInnen in einer ganz anderen Liga spielen.

Alle anderen Kantonalbanken liegen mit den Gesamtentschädigungen zum Teil massiv tiefer. Zum Beispiel beträgt die Gesamtentschädigung der Generaldirektion der Berner Kantonalbank (BEKB) – notabene die drittgrösste Kantonalbank der Schweiz! – rund 3,3 Millionen Franken, also eine Million weniger als die WKB-Generaldirektion. Dabei ist die Bilanzsumme mit 21,4 Milliarden rund 2,6 mal höher. Auch die Anzahl der BEKB-MitarbeiterInnen liegt mit 1210 fast drei Mal höher als bei der WKB mit 428 MitarbeiterInnen.

Dasselbe Bild zeigt sich beim Verwaltungsrat. Beispielsweise die Luzerner Kantonalbank, welche mehr als doppelt so gross ist wie die WKB, zahlt ihren Verwaltungsräten total 845 000 Franken aus, al-

so rund 90 000 Franken weniger als die WKB. Das VR-Gesamthonorare der WKB-Verwaltungsräte in der Höhe von 933 000 Franken wird nur von sechs Kantonalbanken übertroffen, obwohl die WKB bezüglich ihrer Grösse erst auf Platz 15 aller Kantonalbank liegt.

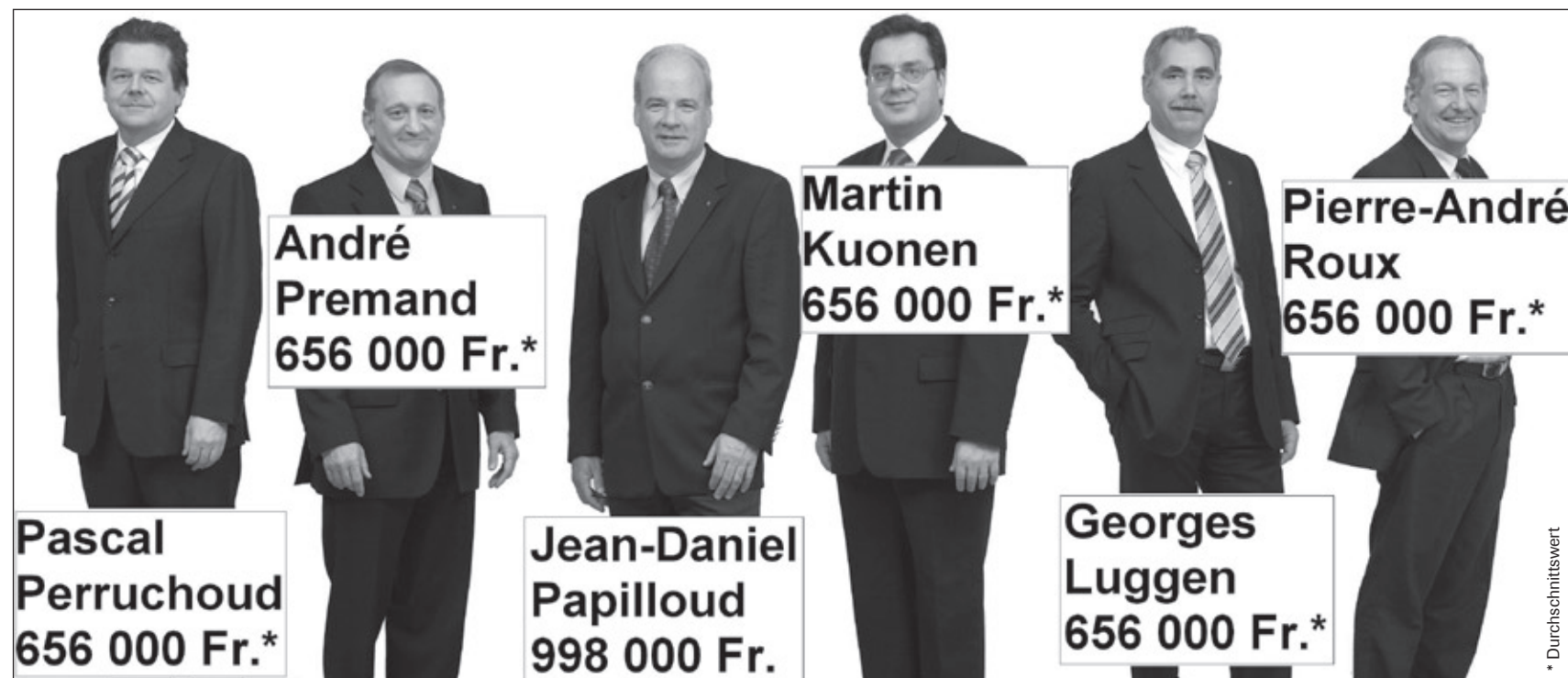
**Papilloud kassiert fünfmal soviel wie der GNW-Direktor!**

Jean-Daniel Papilloud, Präsident der WKB-Generaldirektion, ritzt mit seinem Bruttohonorar von 998 000 Franken die Millionengrenze. Damit verdient er fast fünfmal soviel wie der Direktor des Gesundheitsnetzes Wallis (GNW). Das GNW beschäftigt aber zehnmal mehr MitarbeiterInnen als die WKB. Auch die anderen fünf Mitglieder der Generaldirektion sacken im Durchschnitt ein Bruttolohn von 656 000 Franken ein, also dreimal soviel wie ein Walliser Staatsrat. Hinzu kommen bei den Direktionsmitgliedern die Darlehen zu Vorzugs-Zinssätzen ab 0,625 Prozent. Im Jahr 2007 erhielten die sechs Mitglieder der Generaldirektion gesamthaft

Darlehen in der Höhe von 7,6 Millionen Franken. Allein Papilloud liess sich Darlehen in der Höhe von insgesamt 1,2 Millionen auszahlen mit Vorzugs Zinssätzen von 0,625 bis 2,875 %. Auch die Verwaltungsräte liessen sich Darlehen von total 2 Millionen ausbezahlen bei Zinsen ab rund 3%. Darunter fällt auch ein Blankokredit – also ohne hypothekarische Sicherheiten – von 250 000 Franken an den VR-Vize Albert Bass.

**Staatsrat und Grossrat liefern alljährlich ein groteskes Szenario**

Der Kanton Wallis ist mit 110 Millionen (73.33%) Mehrheitsaktionär der WKB und hält einen Stimmrechtsanteil von 84,62%. Zudem garantiert er die Staatshaftung. Insgesamt gewährte der Kanton der WKB Darlehen von 100 Millionen, insbesondere in der Zeit der finanziellen Krise vor acht Jahren. Von Gesetzes wegen ist der Staatsrat verpflichtet, die Rechte in Bezug auf seine Aktien auszuüben. Die Realität ist eine völlig andere. Es ist ein garadezu groteskes Szenario. Alljährlich segnet der Staatsrat kritiklos



WKB-Generaldirektion

den WKB-Jahresbericht ab, indem er ein paar Sätze aus dem Revisorenbericht abschreibt. Von Kritik bezüglich der horrenden Entschädigungen keine Spur.

Auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates begnügt sich meis-

tens mit dem Nachbeten der Berichte der WKB, des Staatsrates und der Revisoren. Letztes Jahr verlangte die GPK vom Staatsrat einen kantonalen Vergleich der Dividenden der Staatsaktien. Im neusten Bericht des Staatsrates findet man dazu keinen einzigen Satz. Wie die RA bereits letztes

Jahr berichtete, verschenkt der Staatsrat damit jedes Jahr Millionen. Eigenartigerweise erhalten die privaten Aktionäre eine Dividende von 16%, der Kanton nur 9 %. Im Geschäftsjahr 2007 verzichtete der Staatsrat damit auf zusätzliche Einnahmen von 7,7 Millionen Franken.

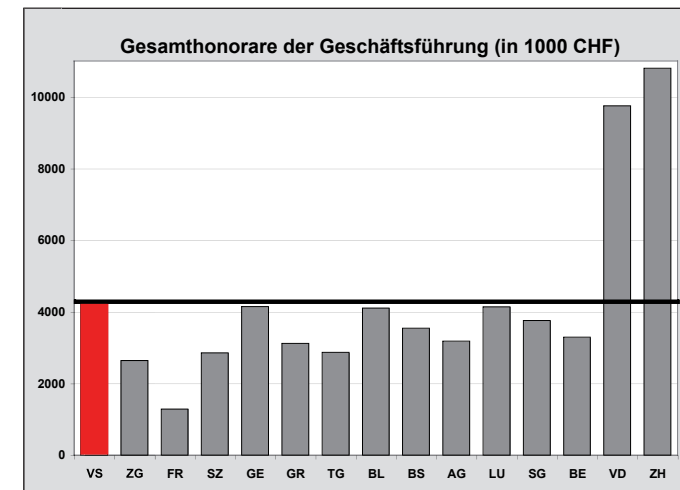
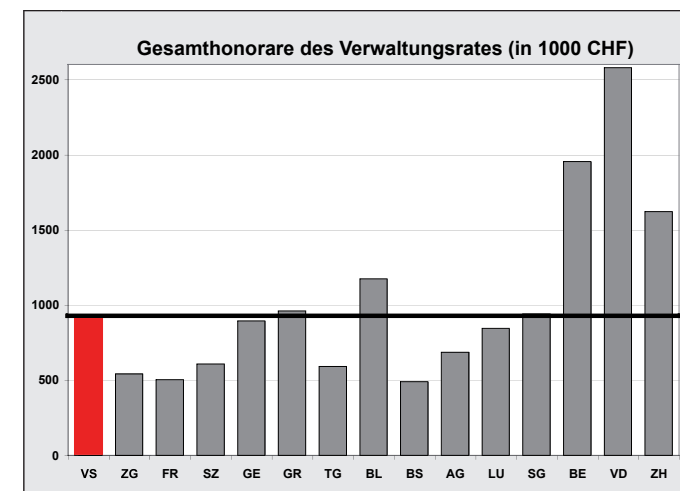
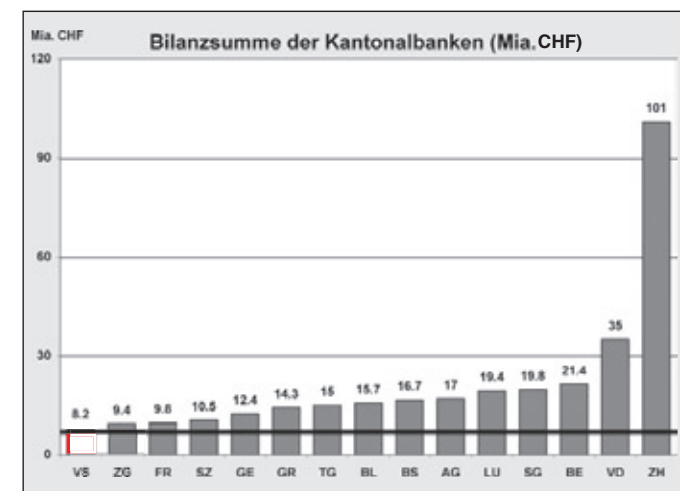
## Sandwiches und Mineralwasser

Als der «Walliser Bote» Anfangs März 2008 die Entschädigungen der WKB-Verwaltungsräte und der WKB-Generaldirektion veröffentlichte, wunderten sich die LeserInnen nicht wenig. Vermutlich war der Geschäftsbericht noch gar nicht gedruckt und dennoch wusste der WB angeblich bestens über die Bezüge der WKB-Chefs Bescheid: Der Präsident der Generaldirektion verdiente 750 000 Franken, die anderen fünf Generaldirektoren im Schnitt 400 000 Franken. Der WB bezog sich dabei auf «zuverlässige Informationen» und vielsagend auf sogenannte «Kenner». Leider haben diese Kenner offensichtlich übersehen – oder wollten übersehen – dass es sich bei den Angaben bloss um die ungefähren Nettohonorare handelte, also nach Abzug von AHV und Pensionskasse.

Im Fall des Direktionspräsidenten Jean-Daniel Papilloud betragen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge beträchtliche 287 000 Franken. Zusammen mit dem Nettovergütung von 711 000 Franken ergibt das 998 000 Franken. Auch die Vergütungen der anderen Generaldirektoren liegen weit über den publizierten 400 000 Franken. Gemäss Geschäftsbericht erhält jeder der fünf Generaldirektoren durchschnittlich einen Netto-Lohn von 467 000 Franken. Zusammen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen in der Höhe von 189 000 Franken ergibt das ein Bruttohonorar von 656 000 Franken.

### Service Public à la «Walliser Bote» und Albert Bass

Ein ominöser «Kenner der Arbeitskultur im Verwaltungsrat», welcher sich laut WB am Mittag «mit Sandwiches und Mineralwasser» begnügt, wusste ebenfalls zu berichten, wie sich die Arbeitsstunden für den Verwaltungsrat inschier Unermessliche türmen und folglich die prachtvoll-unanständigen Saläre durchaus hart verdient seien. Ein weiterer «externer Fachmann» behauptete sogar, dass die WKB-Honorare «vergleichsweise bescheiden» seien. Unter dem Druck dieser scheinbar untrüglichen Fakten folgte der WB, dass die Vergütungen im Branchenvergleich der Kantonalbanken «absolut üblich» seien. Am Tag nach dem Erscheinen des WB-Artikels vom 6. März 2008 platzierte die WKB ein halbseitiges Inserat im WB, insbesondere den WKB-Wirtschaftsindikator. Wiederum einen Tag später gab der WB den WKB-Wirtschaftsindikator im redaktionellen Teil erneut zum Besten, und zwar als Analyse von WKB-Vize Albert Bass. Ein Service Public der speziellen Art.



Quelle: Geschäftsberichte der Kantonalbanken 2007

\* Durchschnittswert





Zum Beispiel die Abfall-Deponie im Guldersand bei Grenchols: Zustände wie im italienischen Neapel.

Nach der zwölfjährigen Amtszeit von CVP-Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet

# Abfall-Deponien so weit das Auge reicht

**SITTEN/GRENGIOLS – Der Walliser Staatsrat nahm vor zwölf Jahren den kantonalen Abfallbewirtschaftungsplan (KABP) zur Kenntnis und dann versenkte ihn der zuständige Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet in der Schublade. Die meisten Massnahmen wurden nicht umgesetzt. Anfang 2008 schickte das Baudepartement einen neuen Abfallbewirtschaftungsplan in die Vernehmlassung. Und jetzt soll das grosse Aufräumen beginnen. Die RA nahm einen Augenschein in der Deponie Guldersand in Grenchols, welche im Perimeter des zukünftigen Landschaftsparks Binntal liegt.**

VON KURT MARTI

Die Bilanz von Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet im Bereich der Abfalldeponien ist ernüchternd: 17 Jahre nach Inkrafttreten der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) und 12 Jahre nach Erstellung des ersten kantonalen Abfallbewirtschaftungsplanes (KABP) gibt es im Wallis 154 Abfalldeponien, wel-

che die TVA-Vorschriften noch immer nicht erfüllen. Viele dieser Deponien liegen in Regionen mit nutzbarem Grundwasservorkommen. Dieses erschreckende Fazit zieht die Dienststelle für Umweltschutz (DUS) im Entwurf des neuen Abfallbewirtschaftungsplanes. Und bitter stellt die DUS fest, dass der alte Abfallbewirtschaftungsplan im Jahre 1996 vom Staatsrat wohl zur Kenntnis genommen wur-

de. Weil aber die Mittel fehlten, konnten *«viele Aspekte des KABP von 1996 niemals umgesetzt werden»*. Zwar hat die DUS fristgemäss den Altlastenkataster erstellt. Wenn aber die Altlasten nicht bald saniert werden, drohen saftige Gebühren des Bundes.

**Gemeinde Grenchols: Vom Kanton im Stich gelassen**

Die RA hat als Beispiel die Abfalldeponie im Guldersand in Grenchols besucht. Auf dieser Deponie liegen Altautos, Altbagger, Metalle, Kehrrichtabfälle, Kühlschränke, Autoreifen, Fernseher, landwirtschaftliche Geräte, Öltanks, Bleche, Altholz, Plastikwaren und Rohre haufenweise verstreut auf einem beträchtlichen Areal herum (siehe Fotos oben). Wenn Amadé Zenzünen, der Gemeindepräsident von Grenchols, von der Deponie Guldersand hört, beginnt er zu stöhnen. Man habe schon *«hundertmal versucht»*, den

Besitzer zu einer Räumung zu bewegen. Die Gemeinde versuchte laut Zenzünen vergeblich, dem Besitzer das Areal abzukaufen, um darauf eine dringend notwendige, regionale Inertstoffdeponie einzurichten. Dabei sei die Gemeinde vom Kanton leider im Stich gelassen worden. Die Kosten einer Räumung können schnell einmal 100 000 Franken übersteigen. Vor Monatsfrist wurden in der Deponie Guldersand bereits diverse, kleinere Abfallmengen weggeschafft, welche von der Matterhorn Gotthard Bahn (MGB) aus gut sichtbar waren und welche den Reisenden den Eindruck vermittelten, sie seien im italienischen Neapel.

**Agarn: Räumungskosten in der Höhe von 130 000 Franken**

Auf der Grundlage des neuen Abfallbewirtschaftungsplanes will nun die DUS solche Deponien räumen lassen, wie DUS-Mitarbeiter Urs Ander-

eggen gegenüber der RA bestätigt. Eine erste Räumung ist in Agarn geplant, wo ein Privater seit Jahrzehnten Altautos und Pneus auf einem Grundstück lagert. Bereits hat der Kanton zusammen mit der Gemeinde Offerten für die Räumung eingeholt. Es ist mit Kosten von rund 130 000 Franken zu rechnen. Der Kanton wird dieses Geld zunächst vor-schiessen, aber schlussendlich müssen die Gemeinden die Zeche bezahlen, wenn der Eigentümer nicht zahlungsfähig ist. Die Räumung der Deponie im Guldersand hat nach der Inkraftsetzung des Abfallbewirtschaftungsplanes oberste Priorität, wie Anderegg betont. Das ist auch höchste Zeit, denn die Deponie liegt laut Gemeindepräsident Zenzünen im Perimeter des geplanten Landschaftsparks Binntal, dessen Gesuch zur Zeit beim Bund liegt. Aber Zenzünen hat noch ein höheres Interesse, er ist nämlich der offizielle Abfallberater des Oberwallis!

Solaranlagen auf Stalldächern und eine Solarfabrik in Steg

# Das Wallis braucht eine Solaroffensive!

**WALLIS – Die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) hat einen Solarboom ausgelöst. 330 Millionen Franken aus dem KEV-Fond stehen zur Förderung von erneuerbaren Energien zur Verfügung, aber nur 16 Millionen für Solaranlagen. Zu wenig, um diese Beiträge verschlafen zu können! Das Wallis ist gefordert, ins sonnige Zeitalter einzusteigen.**

VON SUSANNE HUGO-LÖTSCHER

Das Wallis ist die wahre Sonnenstube der Schweiz. Dies zeigen Messungen der jährlichen Sonnenstunden, welche in der Region Siders-Leuk zwischen 2100 bis 3500 anzeigen (www.myswitzerland.com). Damit überholt das Wallis das Tessin mit seinen 2000 Sonnenstunden. Bisher wurde die Solarenergie im Wallis kaum gefördert. Die Prioritäten und Verdienste der kantonalen Energiepolitik lagen auf der Wasserkraft und der Minergie-Förderung. Zur Ergänzung der Wasserkraft braucht es jetzt eine Verlagerung der Prioritäten in Richtung Sonnenenergie und Minergie-P-Bauten. Das Wallis braucht eine Solaroffensive!

**Pionieranlage auf einem Stalldach in Ried-Mörel**

Auf dem Bio-Bauernhof von Ruth und Reinhold Berchtold in Ried-Mörel hat die Solaroffensive bereits begonnen. Seit zwei Monaten liefert die erste Oberwalliser Solar-Anlage auf einem Stalldach sozusagen Bio-Strom für sechs Haushalte ins Netz. *«Die Anlage hat die Erwartungen bereits übertroffen und bestätigt damit, dass die Sonnenhänge im Wallis ausgezeichnete Standorte für Solaranlagen darstel-*

*len»*, erklären Ruth und Reinhold Berchtold. Beide sind überzeugt, dass der Kanton Wallis jetzt die Trumpfkarte Solarenergie spielen müsste: *«Es lohnt sich! Unsere Anlage begeistert nicht nur uns, sondern auch Leute, die sie besichtigen.»*

Bis zu 90 Rappen pro kWh kann die Einspeisevergütung für Solarstrom betragen. Der KEV-Fond ist mit 330 Millionen Franken gefüllt. Das meiste wird für die Wasserkraft abgezackt. Für die Sonnenenergie bleiben nur 16 Millionen übrig. Innert Stunden gingen am Starttag der Projekteingaben zum Bezug von Förderbeiträgen über 3500 Projektanmeldungen ein, aber zu wenige Solarstromprojekte aus dem Wallis. Dabei wäre der Solarstrom eine umweltfreundliche Ergänzung zur Wasserkraft. Zeit und Geld wären hier sinnvoller eingesetzt, statt zweistellige Millionenbeträge in die unökologische Pumpspeicherung von Atom- und Kohlestrom zu spülen.

**Solarfabrik auf dem Areal der ehemaligen Alusuisse**

Im Tessin entsteht zurzeit für 140 Millionen Franken die erste Solarfabrik der Schweiz. Die italienische Firma Pramac schafft dadurch 150 neue Arbeitsplätze nahe von Locarno. *«Damit ist der Startschuss*



**Solaranlage auf dem Stalldach des Bio-Bauernhofes in Ried-Mörel:** Die Oberwalliser Pionieranlage hat die Erwartungen schon in den ersten Produktionsmonaten übertroffen.

*für die industrielle Nutzung der Sonnenenergie im grossen Massstab in der Schweiz vollzogen»*, sagt Jeannine Sargent, CEO von Oerlikon Solar. Und Deutschland ist der Schweiz bereits meilenweit voraus. Dort werden 15 neue Fabriken zur Produktion von Solarzellen gebaut. 70 Produktionsanlagen sind in Betrieb und jeder hundertste Arbeitsplatz in den neuen Bundesländern entfällt auf die Solarindustrie. Seit 2005 sind über 3000 neue Arbeitsplätze innerhalb der Photovoltaikbranche entstanden. Auch hier im Wallis wären solche Solarfabriken möglich; zum Beispiel auf dem ehemaligen Alusuisse-Areal in Steg.

**Solarstrom von unzähligen Walliser Dächern**

Möglichkeiten für den Bau von Solarstromanlagen gäbe

es im Wallis viele. Im Leukerfeld oder im Raime Siders wären solche Projekte gerade wegen der überdurchschnittlichen Sonneneinstrahlung rentabel und könnten die Stromproduktion der WEG/FMV ergänzen. Auf Schulhausbauten, öffentlichen Bauten, auf Lärmschutzwänden entlang der Autobahn oder auf privaten Hoteldächern könnte die neue Dünnschichttechnik für Photovoltaik angewendet werden. Auch Gemeinden können die Entwicklung der Solarenergie fördern, indem sie wie in Leuk die Wohnbauförderung nach ökologischen Kriterien abstufen.

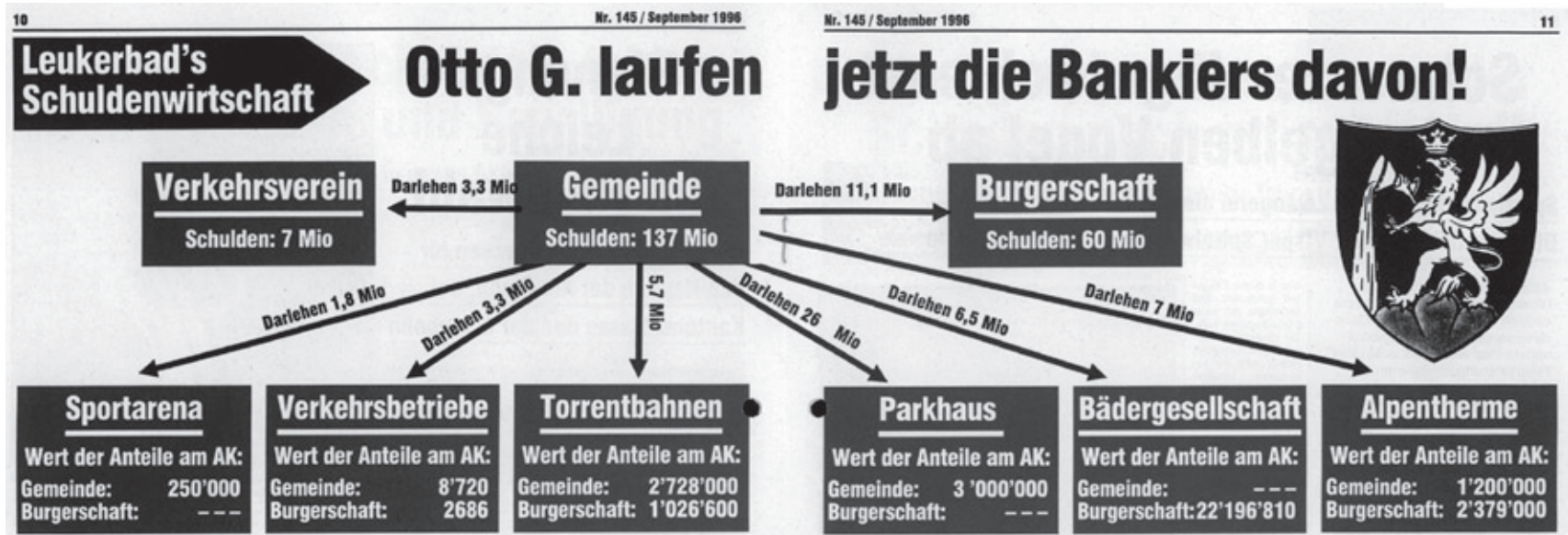
Brig könnte beim Bau des neuen Bahnhofes Solaranlagen integrieren; für thermische Zwecke, als Stromlieferant und um eine Solarstromtankstelle in der Alpenstadt

einzurichten, damit dort in Zukunft Elektromobile umweltfreundlich aufladen können. Wie Berchtolds in Ried-Mörel könnten noch viele Bauern ihre Stalldächer mit einer Photovoltaikanlage bestücken und damit einen rentablen Beitrag zu ihrem Betrieb und zum Klimaschutz leisten.

**Führung im Bereich Solarenergie übernehmen**

Das Wallis ist führend in Sachen Minergie und Wasserkraft und hat hier gute Arbeit geleistet. Nun sollte es auch im Bereich Solarenergie und Minergie-P führend werden. Entsprechende Vorstösse wurden im Walliser Parlament gut geheissen. Die konkrete Umsetzung aber muss erst noch beginnen.





Rote Anneliese vom September 1996: Erst zwei Jahre später berichtete der Walliser Bote über das Finanzdebakel in Leukerbad.

**Facharbeit an der Uni-Bern:** Berichterstattung im Fall «Otto G. Loretan» im Walliser Boten und in der Roten Anneliese von 1996 bis 2007

# Investigative Rote Anneliese – reaktiver Walliser Bote

**OBERWALLIS – Otto G. Loretan war eine schillernde Figur auf der Oberwalliser Polit- und Finanzbühne. Politiker, Financiers wie auch Journalisten waren fasziniert vom CVPO-Senkrechtstarter. Selbst als dieser Leukerbad längst in den finanziellen Ruin getrieben hatte, ging ihm seine Gefolgschaft weiterhin auf den Leim. Einzig RA-Journalist Hubert Mooser hielt bereits 1996 seinen Finger in die offene Leukerbadner Finanzdesaster-Wunde.**

VON SIMONE RUBIN\*

Am 30. September 1996 eröffnete die *Rote Anneliese* mit der Schlagzeile *«Leukerbad: Otto G's Gemischtwarenladen»* die Berichterstattung zum Fall *«Otto G. Loretan»*; erstmals war in einem Oberwalliser Medium von Otto G. Loretans Schuldenwirtschaft in Leukerbad zu lesen. Dieser doppelseitige Beitrag sollte der Anfang eines Prozesses sein, der sich über mehr als 10 Jahre erstreckte; der Anfang eines Prozesses, den die beiden Oberwalliser Printmedien *Walliser Bote* und *Rote Anneliese* auf unterschiedliche Weise und zu unterschiedli-

der Gemmi in den höchsten Tönen. Ebenso wenig kritisch hinterfragend schreibt die Oberwalliser Tageszeitung am 26. März 1997, dass sich Leukerbad das GC-Sponsoring über eine halbe Million Franken kosten lasse; gross im Bild Otto G. Loretan bei der Vertragsunterzeichnung. Dass das kantonale Finanzinspektorat damals bereits zwei warnende Berichte über die Finanzlage Leukerbads erstellt hatte, wissen die WB-Redaktoren zu jenem Zeitpunkt nicht, betont Luzius Theler, stellvertretender Chefredaktor des *Walliser Boten*. Am 28. Mai 1998 berichtet der *Walliser Bote* erstmals über den Schuldenberg, der sich in Leukerbad angehäuft hatte. Interessant ist an dieser Stelle, dass trotz der deutlichen Sprache, welche die dunkelroten Finanzzahlen sprechen, die millionenschweren Bautätigkeiten unter dem Schirmherrn Otto G. Loretan verteidigt werden: *«Dank der enormen Investitionen gilt Leukerbad heute als der Kurort mit einer Top-Ausrüstung: (...) So gesehen sind die Zukunftsaussichten der Station nach*

**WB lobt in den höchsten Tönen**

Der brisante Artikel des damaligen RA-Journalisten Hubert Mooser beruht auf Zahlen, die er aus dem Mitteilungsblatt der Gemeinde herausgriff. Doch Mooser kommt mit seinem Primeur zu früh: Weder die politischen und juristischen Instanzen, noch die übrigen Medien reagieren auf die kritische Analyse der *Roten Anneliese*. Ganz im Gegenteil: Im Januar 1997 lobt der *Walliser Bote* die Infrastruktur und das Wellness-Potential des Kurorts am Fusse

*erfolgter Sanierung durchaus intakt.»*

**WB nach dem Crash: Otto G. tat das Richtige!**

Am 5. Juni 1998 berichtet der *Walliser Bote* erstmals über die finanziell desaströse Lage Leukerbads und spricht auf der Frontseite von *«Leukerbads Finanzdebakel»*. Dies geschieht einen Tag nach der Pressekonferenz, die Otto G. Loretan in der Alpentherme abhielt, und in der Loretan auch sein öffentliches *«Mea culpa»* aussprach. In den folgenden Monaten wird vereinzelt über die finanzielle Lage sowie über Restrukturierungspläne und den Plan über die Beiratschaft berichtet. Der WB wählt einen informativen, neutralen Stil, indem er Fakten publiziert, die an Pressekonferenzen oder von öffentlichen Stellen bekannt gegeben werden. Selbst dann, als die Gemeinde unter Zwangsverwaltung gestellt wird und die finanzielle Misere einem breiten öffentlichen Publikum bekannt ist, bläst der WB noch

ins gleiche Horn und schreibt am 28. Oktober 1998 im Leitartikel: *«Otto G. Loretan hatte das Richtige für den Kurort getan.»* Und an dieser schützenden Aussage hält Theler auch heute – neun Jahre später – nach wie vor fest: *«Leukerbad wird in ein paar Jahren sehr gut da stehen.»* Erst am 16. November 1998 sind beim *Walliser Boten* kritische Töne zu vernehmen: Theler fordert in einem kleinen Kommentar-Kasten den Rücktritt von Loretan. Dies geschieht jedoch erst einige Zeit nach dem Crash, woran sich der Journalist im Interview nicht erinnern will; er behauptet, die Rücktrittsforderung vor dem Crash publiziert zu haben, was aber nicht stimmt.

**WB berichtet lückenlos im Strafverfahren**

Was den *Walliser Boten* im Positiven von der *Roten Anneliese* unterscheidet, ist die lückenlose, neutrale und informative Berichterstattung zum Strafverfahren im Fall *«Otto G. Loretan»* in der Zeit nach dem Crash. Dazu The-

## Professor Roger Blum: «Duz-Gesellschaft»

**ra** – Medienwissenschaftsprofessor Roger Blum analysiert im Gutachten zur Facharbeit von Simone Rubin die Berichterstattung im Leukerbad-Debakel wie folgt: *«Dabei stösst die Autorin auf einen Berichterstattungsablauf, wie er in vergleichbaren Regionen immer wieder anzutreffen ist: Zuerst macht ein alternatives Medium innerhalb des Kantons den Skandal öffentlich, ohne dabei auf grosses Echo zu stossen. Dann berichtet ein auswärtiges Medium (z. B. eine Sonntagszeitung). Darauf treten im Kanton zwei Wirkungen ein: Einerseits werden Untersuchungsbehörden aktiv. Anderseits schliessen sich die Reihen, weil Berichterstattung von aussen als Einmischung, und wenn sie durch einen Einheimischen auswärts erfolgt, als Nestbeschmutzung empfunden wird. Erst wenn der Skandal offensichtlich ist, beginnt auch die regionale Hauptzeitung kritisch zu berichten. Sie zögert angesichts der Duz-Gesellschaft lange, bis sie auf einen Freund losgeht. Ähnlich liefen Skandale in anderen Alpenkantonen, etwa in Graubünden (Fall Sciuchetti, Fall Aliesch) oder im Tessin ab. Das Muster lässt sich im Fall Loretan sehr schön belegen: Die ‚Rote Anneliese‘ berichtet sehr früh investigativ, der ‚Walliser Bote‘ steigt erst sehr spät in das Thema ein und bleibt lange reaktiv, sich auf offizielle Informationen stützend.»*

ler: *«Nach dem Crash haben wir das Dossier sehr, sehr offensiv und auch hart weiterbehandelt. Und ich glaube, das geschah nicht nur unter der Optik: was ist gut für das Wallis und was ist gut für Leukerbad? Sondern auch unter der Optik, sich Asche auf den Kopf streuen zu lassen.»* Wie auch vor dem Crash ist der Journalismus von abwartender Haltung geprägt; man will sich nicht auf vorläufige Beschuldigungen einlassen, sondern vertraut auf Fakten und Mitteilungen öffentlicher Stellen und Quellen und wartet in juristischen Angelegenheiten zunächst das richterliche Urteil ab, bevor darüber berichtet wird.

In der *Roten Anneliese* findet das Strafverfahren selbst keine Beachtung. Hingegen berichtet die *RA* kritisch über den üppigen Lebensstil von Otto G. Loretan, dessen Anwalt vorübergehend die SteuerzahlerInnen bezahlen müssen. Zitat aus der *RA* vom November 2001: *«König Otto G. Loretan residiert in einer Luxuswohnung, fährt*

*zwei teure Autos, spielt viel Golf und mischt im Immobilienhandel mit. Trotzdem müssen die SteuerzahlerInnen seinen Anwalt bezahlen.»* Kurz darauf erklärt Loretan in einem WB-Interview, er verzichte auf den unentgeltlichen Rechtsbeistand. Im November 2002 titelt die *RA*: *«Schöner Wohnen. Mit Otto G. Loretan»* und enthüllt, dass Loretan eine Luxusvilla in Randogne baute und Probleme mit der Bezahlung der Bauschulden hatte.

**Investigative Recherche gegen Verlautbarungen**

Beim *Walliser Bote* ist im Falle des Leukerbad-Debakals keine investigative Recherche-Arbeit zu erkennen. Die Tageszeitung zeigt sich von der abwartenden Seite und publiziert lediglich das, was an Pressekonferenzen und von öffentlichen Stellen zu vernehmen ist. Dabei scheint der WB grösstenteils aus neutraler Position zu berichten. Zudem fällt in der WB-Berichterstattung auf, dass Otto G. Loretan mehrmals aus-

föhrlich zu Wort kommt: Als sich Loretan beispielsweise als Nationalratskandidat zurückzieht, wird ihm am 30. Oktober 1998 Platz für eine persönliche Stellungnahme eingeräumt und tags darauf wird ein Interview mit dem Gemeinde- und Bürgerpräsident Loretan geführt. Loretan wird zwar auf den *«formidablen Scherbenhaufen»*, den er in Leukerbad hinterliess, angesprochen und gefragt, wie es dazu gekommen sei, wie es in Leukerbad nun weitergehen soll und warum er nicht sofort zurücktrete. Auf weitere kritische Fragen wird jedoch verzichtet. Im Gegenteil: Mit den Fragen *«Fühlen Sie sich im Stich gelassen? Wie überlebt man das?»* geht der WB-Journalist auf das persönliche Empfinden Loretans ein und lädt diesen damit zu einem persönlichen Statement ein. Erst am 16. November 1998 verschärft der WB mit der Rücktrittsforderung den Ton.

Ein ganz anderes Bild präsentiert sich bei der Untersuchung der *RA*. Bereits vor dem Crash von 1998 macht

## Otto G. Loretan aus dem Blickwinkel zweier Journalisten

**Luzius Theler:** *«Man ging Otto G. Loretan zweifelsohne auf den Leim. Wir können auch nichts anderes tun, als ihm auf den Leim zu gehen. Denn sie [Otto G. Loretan und der Gemeinderat; Anm. der Red.] waren immer wieder auch diejenigen, die die Informationen brachten. Sie waren die Herren der Informationen. (...) Ich räume ein, dass mich Loretans Vorgehen in Leukerbad fasziniert hat».*

**Hubert Mooser:** *«Er [Otto G. Loretan; Anm. d. Autorin] war nie zu sprechen. Ich habe ihn einmal auf der Strasse angesprochen. Er gab mir zur Antwort, dass er mich nicht kenne. (...) Dieser Typ war einfach nicht fassbar. Er war der Prinz im Oberwallis. (...) Er war der Typ, der König im Oberwallis, dem alles gelang. Und dann kommt ein kleiner Scheisser daher und pisst ihm ans Bein. Er nahm mich gar nicht zur Kenntnis.»*

## \* Facharbeit von Simone Rubin an der Universität Bern

**ra** – Simone Rubin aus Ried-Brig hat am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Bern eine Facharbeit mit dem Titel *«Die Berichterstattung im Fall Otto G. Loretan in den Oberwalliser Printmedien ‚Walliser Bote‘ und ‚Rote Anneliese‘* bei Professor Roger Blum eingereicht. Im nebenstehenden Artikel hat sie für die *RA* eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse der 77-seitigen Facharbeit geschrieben. Die Zitate im Artikel stammen aus zwei Interviews, welche sie mit dem ehemaligen *RA*-Mitarbeiter Hubert Mooser und mit Luzius Theler, dem stellvertretenden WB Chefredaktor, geführt hat.

die *Rote Anneliese* mehrfach auf die missliche Situation Leukerbads – und vor allem, und das ist entscheidend – auf Otto G. Loretan als Verantwortlichen des Debakels aufmerksam. Die *Rote Anne-*

*liese* hat nie zurückhaltend, schützend, abwartend oder gar verteidigend berichtet. In der Rolle einer Oppositionszeitung pflegt die *Rote Anneliese* einen investigativen, aggressiven Stil.





**Staatsrat Claude Roch:** Kurzfristige Kehrtwende des Erziehungsdepartementes.



**Seltene Rechtsprechung des Kantonsgerichtes:** Keine Frage des Verschuldens!

Fristlose Entlassung einer Kindergärtnerin

# Traurige Rolle von Staatsrat und Kantonsgericht

**TÄSCH/SITTEN – Die Kindergärtnerin von Täsch wurde auf Ende 2006 fristlos entlassen, obwohl sie seit neun Jahren ohne Fehl und Tadel unterrichtet hatte. Zunächst stellte sich das Erziehungsdepartement konsequent auf ihre Seite. Dann drehte der Wind: Auf Betreiben des Gemeinderates von Täsch wurde die Kindergärtnerin vom Erziehungsdepartement und schlussendlich auch vom Kantonsgericht fallen gelassen. Statt das unprofessionelle Handeln der betreffenden Gemeinderäte zu rügen, wurde eine psychisch erkrankte und dann wieder genesende Lehrperson bestraft.**

VON KURT MARTI

V. C. war seit 1997 als Kindergärtnerin von Täsch tätig, und zwar ohne sich in fachlicher Hinsicht irgend etwas zu Schulden kommen zu lassen. Wegen psychischer

Belastung kam es im Herbst 2005 zu einen Suidzidversuch und im Juni 2006 zu einer Suizidgefährdung. Anschliessend begab sie sich in medizinisch-psychologische Therapie des Psychiatriezentrums Oberwallis (PZO). Anfang September 2006 war

sie gemäss ärztlichem Zeugnis wieder 100% arbeitsfähig und das Erziehungsdepartement empfahl der Gemeinde Täsch eine Wiederanstellung der Kindergärtnerin. **Unprofessionelles Handeln statt Kommunikation**

Unter den Eltern der Kinder hingegen machte sich Verunsicherung breit und es kam zu Interventionen beim Gemeinderat. Als Folge dieser Interventionen teilten Mitte September 2006 der Vizepräsident und der Gemeindeschreiber der Kindergärtnerin schriftlich mit, dass der Gemeinderat an der Sitzung vom 29. August 2006 unter Ausstand von Gemeinde- und Schulpräsident Kilian Imboden «*einstimmig beschlossen*» habe,

sie «*auf unbestimmte Zeit zu beurlauben*», ohne dies zu begründen. Gemeindepäsident Imboden, dessen Lebenspartnerin die Kindergärtnerin V.C. ist, hatte von der Sitzung «*keine Kenntnis*» und er hält fest, dass an diesem Datum gar keine Gemeinderatssitzung stattgefunden habe, sondern eine Sitzung der Schulkommission.

## Kurzfristige Kehrtwendung im Departement von Claude Roch

Inzwischen drohten einige Eltern mit dem Abzug der Kinder aus dem Kindergarten von Täsch, was aus Sicht des Gemeinderates die Schliessung zur Folge gehabt hätte. Von jetzt an ging es nur noch um Schadensbegrenzung. Ende Dezember 2006 wurde die Kindergärtnerin fristlos entlassen, das heisst sie erhielt ab sofort keinen Lohn mehr und war gezwungen sich bei der Arbeitslosenkasse zu melden. Als Begründung wurden «*die eingegangenen Beschwerden der Eltern*» genannt, welche «*das gegenseitige Vertrauensverhältnis dermassen gestört*» hätten, dass «*eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich*» sei.

Laut Imboden erfolgte diese Formulierung durch «*den zuständigen Schulinspektor Marcel Blumenthal, welcher der Kindergärtnerin im Suspendierungsverfahren das Gespräch verweigerte mit Verweis auf die Gemeinde. Damit hatte der Schulinspektor seine Neutralität preisgegeben und seine Funktion als unabhängiger Ansprechpartner für die Lehrperson nicht wahrgenommen*». Zwei Wochen später machte das Erziehungsdepartement eine kurzfristige Kehrtwendung und segnete die fristlose Entlassung auf der Grundlage des Berichtes des Schulinspektors ab. Die Kindergärtnerin hat die fristlose Kündigung beim Staatsrat angefochten, welcher im August 2007 die Beschwerde mit der Begründung des Vertrauensverlustes abwies, ohne zu berücksichtigen, wer für diesen Vertrauensverlust schlussendlich verantwortlich war. Zudem steht im Entscheid ein Verweis auf die Vorbildfunktion einer Lehrperson. Im Auftrag der Kindergärtnerin hat Anwalt Peter Volken gegen den Entscheid des Staatsrates eine Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht.

Laut Volken ist auch der Beschwerdeführerin klar, dass das verlorene Vertrauen eine Fortführung der Tätigkeit unmöglich machte. Aber statt einer fristlosen Kün-

digung hätte eine Freistellung mit Lohnfortzahlung bis Ende Schuljahr erfolgen müssen. Denn laut Volken geht es nicht an, «*dass die Überforderung und Fehlleistung der Anstellungsbehörde zu Lasten der Betroffenen gedeckt wird*». Zudem findet Volken es unhaltbar, wenn das Erziehungsdepartement unterstelle, «*wer eine psychische Erkrankung erlitten habe, könne keine Vorbildfunktion mehr innehaben. Solche Einschätzungen verkennen völlig den aktuellen Wissensstand*».

## Wieso nicht eine ordentliche Kündigung?

Auch Staatsrat Claude Roch liess in einem Schreiben ans Kantonsgericht die Kindergärtnerin im Regen stehen und bekundete die Rechtmässigkeit der fristlosen Kündigung. Im Januar 2008 wies auch das Kantonsgericht – namentlich die Richter Erwin Leiggener, Jean-Bernard Fournier und Jean-Pierre Zuffrey – die Beschwerde ab. Erstaunlicherweise ist laut Kantonsgericht die Schuldfrage nicht relevant, sondern einzig das gestörte Vertrauensverhältnis, welches eine weitere Zusammenarbeit verunmöglichte. Für die Kindergärtnerin und ihren Anwalt sind die Entscheide des Staatsrates und des Kantonsgerichtes nicht nachvollziehbar. Trotzdem verzichteten sie auf einen Weiterzug ans Bundesgericht. In einem nachträglichen Schreiben an Kantonsrichter Erwin Leiggener hält Anwalt Peter Volken fest: «*Die Korrektur der fristlosen in eine ordentliche Kündigung per Ende Schuljahr hätte dem gesunden Menschenverstand entsprochen und wäre juristisch begründbar gewesen. Wieso war dieser Weg für das Kantonsgericht nicht gangbar? Wieso wurde zu Lasten einer psychisch Erkrankten entschieden und nicht zu Lasten der damit unprofessionell umgehenden Schulbehörden? Waren es die sechs Monatslöhne, das Tabuthema psychische Krankheit oder der Schutz der überforderten Behörden?*»



**Aargauer Zeitung vom Montag, den 2. Juni 2008:** Stromschock für EnAlpin-Direktor René Dirren.

## Rote Anneliese gratuliert den WindischerInnen

**WINDISCH –** Am ersten Juni-Wochenende haben die WindischerInnen den Verkauf ihres Elektrizitätswerkes an die EnAlpin mit 55 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Obwohl der Gemeinderat und die bürgerlichen Parteien für einen Verkauf waren und obwohl die EnAlpin mit 25 Millionen Franken und Dumpingstrompreisen lockte, setzte sich das «*Komitee pro EW Windisch*» durch. Die *Rote Anneliese* gratuliert den WindischerInnen zu diesem klaren Votum.

Kantonales Finanzinspektorat verlangt von der Gemeinde Leukerbad:

## Gebühren müssen runter!

**LEUKERBAD/SITTEN – Das kantonale Finanzinspektorat zwingt die Gemeinde Leukerbad, die Trinkwassergebühren um 25 Prozent zu senken. Trotz Protesten aus der Bevölkerung und trotz eines Überschusses von 1,8 Millionen Franken hatte sich Gemeindepräsident Jean-Roland Roten bisher standhaft geweigert.**

VON KURT MARTI

Der Widerstand und die Einsprachen haben sich gelohnt. Die Gemeinde Leukerbad muss die Trinkwassergebühren um 25 Prozent senken. Dies verlangt das kantonale Finanzinspektorat in seinem neusten Bericht. Obwohl sich auf dem Trinkwasserkonto Gebührengewinne von 1,8 Millionen Franken

angehäuft hatten und obwohl der Preisüberwacher schon vor etlichen Jahren eine Gebührensenkung von 40 Prozent verlangte, stellte sich Gemeindepräsident Jean-Roland Roten immer hartnäckig gegen eine Gebührensenkung. Ausgerechnet er, der damals das Hotel Alpenblick führte, welches zeitweise eine Gebührenschild von 120 000 Franken aufwies. Niemand weiss, ob



**Gemeindepräsident Jean-Roland Roten:** Finanzinspektorat diktiert Senkung der Gebühren.

diese Gebührenschild je vollständig bezahlt wurde. Diesbezügliche Fragen der RA und von kritischen BürgerInnen wurden von Roten nie beantwortet.



Die Nahrungsmittelkrise

# Hunger als Folge kapitalistischer Profitgier

**In den letzten Monaten sind die Preise für Lebensmittel explodiert. Laut der «Neuen Züricher Zeitung» verdoppelten sich die Preise für Weizen und Soja zwischen Frühjahr 2007 und Februar 2008. Mais stieg seit letztem Herbst 2007 um 66 Prozent an, Reis in den vergangenen 10 Monaten um 75 Prozent. Der vor Welternährungsorganisation (FAO) errechnete Food-Index für Lebensmittelpreise ist innerhalb von nur einem Jahr um 57 Prozent gestiegen. Für die Explosion der Preise gibt es mehrere Gründe: Spekulationen auf den Rohstoffmärkten, die massive Förderung der Produktion von Agrotreibstoffen und eine total verfehlte Landwirtschaftspolitik sind wesentliche Faktoren dazu.**

VON HILAR EGDEL

Die Hungerrevolten rund um den Globus haben mit Gewalt ins Bewusstsein gerufen, was lange verdrängt wurde: Ob in Ägypten, Haiti, Indonesien, Mexiko, Pakistan, Guinea, Usbekistan, Jordanien, Marokko, Jemen, Peru, Honduras, Senegal, Mauretanien, Burkina Faso, Kamerun oder Vereinigte Arabische Emirate, überall sind die Massen empört über die rasant ansteigenden Preise für Grundnahrungsmittel. Zunehmend entwickeln sich Brotaufstände zu einem weltweiten Phänomen.

**Spekulanter wechseln ihre Spielwiesen**

Einer der wichtigsten Gründe für die Preisexplosion ist der Versuch, Gewinne durch Spekulation mit Lebensmitteln zu erzielen. Wie Elmar Altwater im Interview mit der Roten Anneliese (siehe Seite 17) erklärt, ist «viel vagabundierendes Kapital auf der Suche nach Anlagen mit hoher Rendite ... in die Nahrungsmittelproduktion» gelenkt worden. Verzweifelt ist es auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten. Als Al-

ternative zu den fallenden Aktienkursen setzen immer mehr Anleger auf steigende Rohstoffpreise. Im 1. Quartal 2008 sind die Investments in Rohstoffe um 20 Prozent gestiegen. Branchenexperten schätzen, dass weltweit gegen 400 Milliarden Dollar in Investitionsvehikel geflossen sind, die direkt oder indirekt an die Entwicklung der Rohstoffkurse geknüpft sind. Die Spekulanten gingen verstärkt in die Rohstoffmärkte, nachdem einige Spielwiesen wie Immobilienmärkte, Kreditverbriefungen und zeitweise auch die Aktienmärkte brachlagen. Nestle-Chef Peter Brabeck erklärte in der «Neuen Züricher Zeitung»: «Früher konnten wir ungefähr abschätzen, wie die Ernten ausfallen werden – und uns auf entsprechende Preise einstellen. Das ist vorbei. Wichtiger als die Ernte ist heute, ob die kalifornische Pensionskasse Calpers entscheidet, mit 750 Millionen Dollar in den Rohwarenmarkt einzusteigen.» Tatsache ist, dass an der Rohstoffbörse in Chicago die Zahl der gehandelten Kontrakte seit Jahresbeginn um 20 Prozent auf rund eine Million täglich angestiegen



**Börsen jagen die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe:** Vielen Menschen in Entwicklungsländern fehlt die Kaufkraft, um das Grundbedürfnis nach Nahrung zu stillen.

ist. Den grössten Zuwachs an Transaktionen verzeichneten Soja (+61 Prozent), Sojaöl (+64 Prozent) sowie Weizen (+53 Prozent).

**Energiepflanzen statt Lebensmittel**

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Preisexplosion ist die Produktion von Agrotreibstoffen mit denen man sich erhofft, unabhängiger von den steigenden Ölpreisen zu werden. Im laufenden Jahr werden allein die USA 138 Millionen Tonnen Mais für die Produktion von Agrotreibstoffen verwenden. Durch die Produktion von Agrotreibstoffen werden wichtige Ressourcen wie Land und Wasser der Lebensmittelproduktion entzogen. In Entwicklungsländern konkurrenziert der Anbau von Energiepflanzen die Nahrungsmittelproduktion. Die Angst geht um, dass Energiepflanzen für den Antrieb von

Autos und Maschinen den Anbau von Nahrungsmitteln verdrängen. Werden anstelle von Nahrungsmitteln Energiepflanzen angebaut, führt dies zu einer Verknappung und Verteuerung der Lebensmittel. Die industrialisierte, monokulturelle Landwirtschaft wird gestärkt; Kleinbauern-Betriebe haben das Nachsehen.

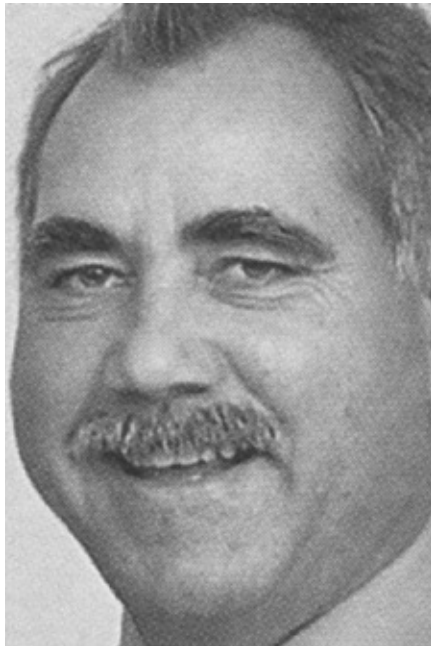
**Verfehlte Landwirtschaftspolitik**

Während der letzten Jahrzehnte haben die Welthandelsorganisation WTO, der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank die Regierungen vieler Entwicklungsländer dazu gebracht, die eigene Landwirtschaft – insbesondere die Produktion von Grundnahrungsmitteln – zu vernachlässigen und die Grenzen für Importprodukte zu öffnen. Das ohnehin geringe Landwirtschaftsbudget kam

Grossproduzenten zu Gute, die Blumen, Südfrüchte, Soja oder Palmöl etc. für den Export anbauten. Denn das versprach Devisen. Diese Politik führte dazu, dass viele Entwicklungsländer immer mehr landwirtschaftliche Güter produzieren, die sie nicht selber konsumieren und andererseits immer mehr Güter konsumieren, die sie nicht produzieren. Diese gefährliche Abhängigkeit vom Weltmarkt zeigt nun katastrophale Auswirkungen. Die akute Dreifachkrise Nahrungsmittel, Agrotreibstoffe und verfehlte Landwirtschaftspolitik ist somit nur die Zuspitzung eines Systems, das internationale Organisationen wie der IWF, WTO und Weltbank mit eingerichtet haben. Es dient in erster Linie der Profitmaximierung und nicht der Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse, wie uns die Hungerkrise in eindrücklicher Weise vor Augen führt.

WUSSTEN SIE SCHON, DASS...

... der Lions Club mit dem Helikopter das Grab von Rainer-Maria Rilke besuchte?



**Lion Georges Luggen, OK-Präsident**

Dem toten Dichter Rainer-Maria Rilke bleibt wirklich nichts erspart. Zuerst wurde er vom Deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl heimgesucht und jetzt auch noch vom Lions Club! Ende Mai feierte der Lions Club Schweiz in Brig und Visp unter dem OK-Präsidium von Georges Luggen sein 60-jähriges Jubiläum. Zu diesem Zweck und im kulturellen Überschwange wollten die Lions dem zarten Dichter ein Schrecklein einjagen: Mit einem Helikopterflug ans Rilkegrab! Zwar wurde der Landeplatz nicht direkt auf dem Burghügel in Raron gewählt, sondern etwas abseits in St. German. Dennoch wird das Dichterherz nicht schlecht gezittert haben, als es nicht die lieblichen Gesänge des Orpheus an seinem Grab hörte, sondern den polternden Meeresgott Poseidon.

... die SVPO auch auf dem Fussballterrain schneller ist als die Schwarzen und Gelben?



**Franz Ruppen und Oskar Freysinger bei der Pokalübergabe**

Zwar hat die SVPO am Abstimmungswochenende mit dem dreifachen Nein eine herbe Niederlage einstecken müssen und seither den Schwanz eingezogen. Dafür punktet sie auf anderen, wichtigen Schauplätzen. Am internationalen Fussballturnier CUP OF THE ALPS in Naters übergaben nicht Manfred Holzer, Viola Amherd oder René Imoberdorf die Trophäen, sondern die Blocher-Jungs Franz Ruppen und Oskar Freysinger. Schon letztes Jahr hatte die SVP die Nase vorne, als sich die Schweizer Gardisten in Fiesch trafen. Traditionsgemäss war das eine Domäne der Papst-Partei CVPO. Eine gefährliche Entwicklung für die Herrgottspartei. Das müsste den Schwarzen und Gelben zu denken geben.

BUCHBESPRECHUNG:



Verlag: Hanser C.  
ISBN: 978-3-446-20918-3  
Preis: Fr. 38.90 (Fester Einband)

## Diese Geschichte

### Von Alessandro Baricco

Alessandro Baricco (50) wurde in Turin geboren. Er studierte Philosophie und Musikwissenschaft. Während zehn Jahren arbeitete er als Musikkritiker für italienische Tageszeitungen und führte 1994 die Literatursendung «Pickwick». 1995 erhielt er den französischen Literaturpreis «Prix Médicis». Er unterrichtet zurzeit kreatives Schreiben an der von ihm gegründeten Scuola Holden in Turin. Im deutschsprachigen Raum wurde er vor allem durch sein drittes Buch «Seide» bekannt.

«Diese Geschichte» beginnt im Mai 1903 mit dem Startschuss der Rallye «Paris – Madrid» und führt die LeserInnen durch das 20. Jahrhundert, welches stark geprägt war durch die Entdeckung der Geschwindigkeit. Die EinwohnerInnen von Paris verlassen bereits in der Nacht ihre Betten, um sich den Start der Rallye nicht entgehen zu lassen. Zur gleichen Zeit spielt der piemontesische Kuhbauer Libero Parria mit dem Gedanken, seinen Bauernhof gegen eine Garage einzutauschen; in einer Gegend, wo noch nie ein Auto vorbeigefahren war. Seine Frau ist dagegen, aber es gelingt ihm, sie umzustimmen. Ein Graf taucht plötzlich auf und steht ihm finanziell zur Seite. Doch der Graf bringt nicht nur Glück.

Ultimo, der einzige Sohn des Paares, hat die Fähigkeit, die anderen Menschen in seinen Bann zu ziehen. Nachdem er die furchtbarste Schlacht des ersten Weltkrieges überlebt hat, wandert er nach Amerika aus. Dort trifft er eine russische Aristokratin. Die beiden ziehen gemeinsam durchs Land; sie gibt Klavier-Unterricht und verkauft Steinway-Klaviere, er ist ihr ein wortkarger Chauffeur. Ihre Beziehung lebt seltsamerweise davon, dass sie ihm immer nur durch Notizen in ihrem Tagebuch sagt, was er tun soll. Auf diese Weise lässt sie ihn die absurdesten Dinge tun. Eines Tages verschwindet er, um seinen Traum zu verwirklichen. Sie ist davon überzeugt, dass es ihm gelingt und weiss, eines Tages wird sie die 18 Kurven fahren und sei es als alte Dame.

Diese Geschichte lebt von Motoren, Abenteuer, Mythos, Visionen und Träumen. Und natürlich erzählt Alessandro Baricco auch von der Liebe und dem Leben, das ja oft auch eine Rennbahn ist.

Marie-Theres Kämpfen



# Elmar Altvater:

## «Kapitalistische Produktionsweise und Umweltplünderung»

Am 24. August kann Elmar Altvater seinen 70. Geburtstag feiern. Altvater ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Der rüstige Jubilar hat immer wieder auf die Grenzen und Schranken der kapitalistischen Produktionsweise hingewiesen. Mit seinem theoretischen wie auch gesellschaftspolitischen Engagement hat er die wissenschaftspolitische Kultur nachhaltig geprägt. Er ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift *PROKLA* (Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, deren Kürzel seinerzeit für «Probleme des Klassenkampfes» stand) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC. Dreh- und Angelpunkt seiner Beiträge ist dabei stets die kreative Anwendung marxistischer Theorie.

VON HILAR EGCEL

### Weiterführende Literatur:

- Elmar Altvater: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster 2006.
- Elmar Altvater u.a.: Kapital.doc, Münster 1999.
- Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 2004.
- Dies.: Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt, Münster 2007.

### Brennpunkte seiner Analysen

Altvater wendet sein Hauptaugenmerk darauf, Umweltprobleme aus der spezifischen Dynamik des heutigen Kapitalismus zu analysieren und zu erklären. Mit dem Kapitalismus ist für ihn nicht «das Ende der Geschichte» angebrochen, sondern aufgrund seiner potenziell selbstzerstörerischen Tendenzen ist die Gesellschaft herausgefordert, nach tragfähigen Alternativen zum heutigen System zu suchen.

Altvater führt seine Studien von Prinzipien aus, die «der globalen Reichweite der kapitalistischen Gesellschaftsformation und der (ebenfalls globalen) ökologischen Bedrohung Rechnung tragen». Dieser Ansatz ermöglicht es ihm, ökologische Probleme in der spezifischen Form der kapitalistischen Produktionsweise zu verorten und aus dieser Perspektive eine konsequente kritische Analyse zu formulieren. Ohne eine fundierte Kapitalismuskritik greift eine Sichtweise, die «die ökologische Grenze in ihre Begriffswelt» integriert, zu kurz.

### Nahtlose Anpassung an die soziale Formation des Kapitalismus

Nach Altvater sind die modernen kapitalistischen Gesellschaften ausserordentlich dynamisch. Ihre Dynamik haben sie zur vollen Entfaltung bringen können, indem sie mit Hilfe der neuen Techniken der industriellen Revolution die begrenzten biotischen Energien von Mensch und Tier durch fossile Energien ersetzt haben. Dabei zeigte sich, dass die fossilen Energien – Kohle, Gas und vor allem Öl – der kapitalistischen Produktionsweise höchst angemessen sind. «Zu Beginn des fossilen Zeitalters», hält Altvater fest, «fand der Kapitalismus das ihm entsprechende Energiesystem sozusagen in nuce vor. Es musste nur in einer ‚prometheischen Revolution‘ freigesetzt und dann entwickelt werden. Dies ist in den letzten beiden Jahrhunderten seit der industriellen Revolution in bravouröser Weise geschehen. Die globale Autogesellschaft ist der Höhepunkt und gleichzeitig das Memento, dass es auf diesem Wege trotz der immer stärker werdenden Wägen nicht weiter geht.»

### Eine heimtückische Falle

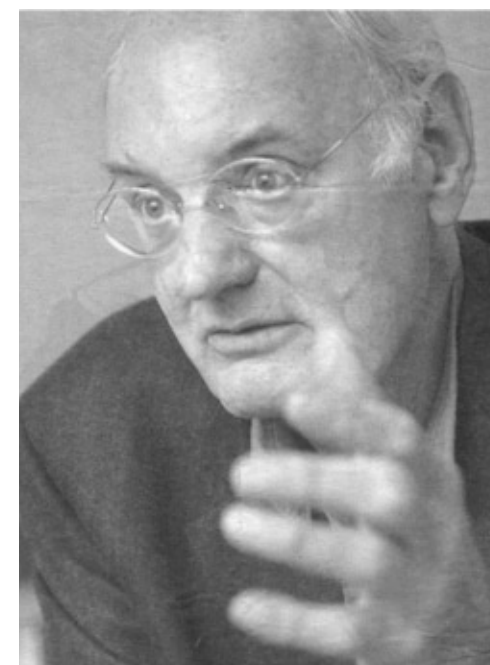
Die immensen wirtschaftlichen Wachstumsraten verdankt die kapitalistische Gesellschaft vor allem der Industrialisierung und dem massenhaften Einsatz fossiler Energieträger. Dabei geht Wachstum in der Zeit immer auch mit der Expansion im Raum einher, so dass der «Umweltraum» beansprucht und schliesslich überbeansprucht wird. Die Verbindung von Kapitalismus und Fossilismus, die das wirtschaftliche Wachstum gefördert hat, erwies sich mit der Zeit mehr und mehr als eine heimtückische Falle. Denn die kapitalistische Produktionsweise ist masslos. Sie kennt keine Grenzen und ist zwanghaft auf die Steigerung des Mehrwerts ausgerichtet. Fossile Energien haben demgegenüber ein natürliches Mass. Sie sind nicht masslos verfügbar und beeinträchtigen mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoss die Atmosphäre. Die kapitalistische Produktionsweise, die in immer schnelleren Rhythmen die «Bestände der mineralistischen Biomasse verzehrt, die sich in Hunderten von Millionen Jahren gebildet haben», stösst an die Grenzen der Natur. Der Kapitalismus kann zwar viel, die Gesetze der Natur kann er aber nicht umstossen.

Die Dreifaltigkeit von Kapitalismus, europäischer Rationalität und Fossilismus, die das wirtschaftliche Wachstum zum Fetisch machte, hat ausgedient. Das kapitalistisch-fossilistische Energieregime wird mit Sicherheit die Wachstumsdynamik nicht mehr zurückgewinnen können. «Niedrige Energiepreise und eine gesicherte Versorgung gehören der Vergangenheit an. So lange das Zeitfenster zum Umsteuern offen ist, müssen daher Alternativen gefunden werden. Diese gibt es, nämlich in Gestalt der erneuerbaren Energie», ist Altvater der festen Überzeugung.

### Änderung der Arbeits- und Lebensverhältnisse

Für Altvater ist der Zeitpunkt gekommen, die temporeichen fossilen Energieträger durch langsamere, erneuerbare Energien zu ersetzen. Der mit der Produktivitätssteigerung einher gehende Substitutionsprozess wird freilich aber – auf hohem technischem Niveau – umgekehrt. «Jenseits des Wachstums», stellt Altvater fest, «erscheinen die Konturen einer Ökonomie, die über den institutionellen Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise

hinausweist». Das solare Zeitalter kündigt sich an, in dem die erneuerbaren Energien das Mass angeben. Die Umstellung auf erneuerbare Energien wird aber kaum möglich sein, «ohne grundlegende Wandlung der Verkehrssysteme, neue Konzepte von Mobilität und eine neue Rolle, die der Landwirtschaft als Energiewirtschaft zukommt». Das neue Energieregime verlangt demzufolge eine grundlegende Änderung der Produktions- und Lebensweise. Eine solare Revolution ist daher für Altvater «etwas ganz anderes als der ‚Sturm auf das Winterpalais‘ zur Ergreifung der politischen Macht; sie ist eine Kulturrevolution und die solare Weltwirtschaft wird nur entstehen, wenn ihr eine solare Kultur zuwächst». Eine tief greifende Umstrukturierung der Gesellschaft wird also notwendig sein, die nicht nur die Technik, sondern die soziale Organisation, Produktionsweise und Konsummuster, Lebensformen und Mobilität umfasst.



Elmar Altvater ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC.

### «Die ‚Ehe‘ zwischen Kapitalismus und fossilen Energieträgern wird wohl geschieden.»

**RA:** Sie haben sich kritisch mit dem kapitalistischen System auseinandergesetzt und sprechen vom «Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen». Was meinen Sie damit?

**Elmar Altvater:** Wie inzwischen alle wissen, gehen die fossilen Energieträger zur Neige und wahrscheinlich müssen wir schon, bevor der letzte Tropfen Öl aus der Erde geholt worden ist, die klimaschädlichen Emissionen radikal reduzieren. Die so erfolgreiche «Ehe» zwischen Kapitalismus und fossilen Energieträgern wird wohl geschieden. Dann stellt sich die Frage, ob der Kapitalismus so bleiben kann, wie wir ihn kennen oder ob er nicht tief greifenden gesellschaftlichen Transformationen unterzogen wird. Werden wir nicht die Lebensweise und die Weise des Produzierens verändern müssen, wenn dem Kapitalismus die fossile Energie ausgeht?

In ihren Analysen spielen ökologische Überlegungen eine wichtige Rolle. Inwiefern sind Umweltzerstörung und kapitalistische Entwicklung miteinander verbunden?

Der Kapitalismus ist ein sehr dynamisches System, das – nicht zuletzt wegen der Nutzung fossiler Energieträger und der auf ihnen basierenden technischen Wandlungssysteme – ein hohes Tempo, hohe Wachstumsraten vorlegt, die mit den Rhythmen der Natur schwer

vereinbar sind. Die Grenzen der Natur werden rigoros missachtet, so dass Umweltzerstörung die fatale Folge ist. Das Ausmass der Zerstörung ist erschreckend, und jede UNO-Konferenz zu Umweltfragen wird zu einem Aufschrei (wie gerade erst wieder die Konferenz zur Biodiversität in Bonn), der viel zu schnell verhallt.

Die Finanzmärkte sind weltweit durcheinander geraten. Abschreibungen in Milliardenhöhe müssen getätigt werden. Billionen werden tagtäglich verschoben. Was ist zurzeit auf den Finanzmärkten los?

Die gegenwärtige Krise der globalen Finanzmärkte ist nicht die erste Finanzkrise. Wir hatten in den 1980er Jahren die Schuldenkrise der «Dritten Welt», in den 1990er Jahren die Asienkrise, dann das Platzen der New Economy-Blase. Danach die Finanzkrisen in Russland und vor allem in Argentinien und schliesslich den Immobilienboom mit der nachfolgenden subprime-Krise. Diese Krisen sind hausgemacht. Sie sind verschärft, weil die Finanzmärkte seit den 1970er Jahren immer mehr dereguliert und liberalisiert worden sind, so dass die Spekulation immer grössere und schnellere Kreise ziehen kann. Die Finanzmarktstabilität ist grundlegend gefährdet und das globale Finanzsystem ist inzwischen ein erstrangiger Risikofaktor für die gesellschaftliche und menschliche Entwicklung in der globalisierten Welt.

In den letzten Tagen und Monaten sind die Nahrungsmittelpreise gestiegen. Hat die Preiserhöhung auch mit der Entwicklung auf den Finanzmärkten zu tun?

Leider muss diese Frage mit «ja» beantwortet werden. Denn es ist trotz hoher Verluste von Finanzinvestoren viel vagabundierendes Kapital auf der Suche nach Anlagen mit hoher Rendite in die Rohstoffsektoren, in die Ölförderungen, aber auch in die Nahrungsmittelproduktion und inzwischen auch in den Handel mit Emissionszertifikaten gelenkt worden. Dadurch sind Preissteigerungen ausgelöst worden, die die arme Bevölkerung nicht mehr bezahlen kann. Viele Menschen müssen hungern und gehen dagegen auf die Strasse.

Welche Alternativen sehen Sie zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung?

Es ist nicht wichtig, welche Alternativen ich sehe. Es kommt darauf an, dass Alternativen praktiziert werden. Und das ist in vielen Weltregionen der Fall. Es spriessen überall solidarische Formen des Wirtschaftens. Es wird mit erneuerbaren Energien experimentiert. Öffentliche Güter werden gegen die Tendenzen ihrer Privatisierung in Schutz genommen. Das sind Ansätze, die häufig aus der Not geboren sind, aber immer auch etwas Neues in sich bergen.







Happige Lohnvorausbezüge durch Paul-Bernhard Bayard – Staatsrat Jean-René Fournier schützt den CVP-Mann weiterhin

# Betreibungs- und Konkursbeamter sollte man sein!

**BRIG – Paul-Bernhard Bayard, der Betreibungs- und Konkursbeamte des Bezirkes Brig, hat im Jahr 2006 happige Lohnvorauszahlungen von 76 000 Franken bezogen. Dies hält das kantonale Finanzinspektorat in seinem neusten Bericht fest. Bereits vor zwei Jahren wurde Bayard vom Finanzinspektorat gerügt, weil er Aufträge an sein eigenes Treuhandbüro vergeben hatte. Erneut stellt sich die Frage: Wie lange schützt Staatsrat Jean-René Fournier den vorbestraften CVP-Mann noch?**

VON KURT MARTI

Der Betreibungs- und Konkursbeamte Bayard bezog im Jahr 2006 ein staatlich garantiertes Einkommen von 162 000 Franken, was einem Monatslohn von 13 500 Franken entspricht. Für Bayard war dieses Einkommen offensichtlich zu wenig. In den ersten drei Monaten Januar, Februar und März 2006 hat er Lohnbezüge getätigt, wel-

che laut dem kantonalen Finanzinspektorat «um 76 000 Franken über den ihm zustehenden Löhnen und Spesen für das erste Quartal lagen». Das macht pro Monat rund 25 500 Franken. Zusammen mit dem ordentlichen Monatslohn hat also Bayard in den ersten drei Monaten des Jahres 2006 rund 39 000 Franken Lohn bezogen. Über die Gründe dieser Lohnvorauszahlungen kursieren Gerüchte.



**Betreibungs- und Konkursamt Brig:** Das kantonale Finanzinspektorat hat keine Freude am Chef Paul-Bernhard Bayard.

## Wann geht die Gnade des Schutzpatrons zur Neige?

Laut Bericht des Finanzinspektorates belief sich auf den 31. Dezember 2006 «der Saldo der zu hohen Bezüge noch auf 26 000 Franken». Auf Ende 2007 hatte Bayard

«seine zu hohen Bezüge des Vorjahres kompensiert». Ob letzteres auf Intervention des Finanzinspektorates erfolgte, steht leider nicht in der publizierten Kurzfassung des Berichtes. Bekanntlich ist der Betreibungsbeamte in der Affäre «Conti Neri» bereits rechtskräftig verur-

teilt worden und es stellt sich nach wie vor die Frage: Wann geht die Gnade des CVP-Staatsrates Jean-René Fournier für den getreuen CVP-Gefolgsmann und früheren Gewerbepräsidenten endlich zur Neige? Jeder andere hätte schon längst den Hut nehmen müssen.

## DER HEITERE SCHLUSSPUNKT:

**ROTE  
ANNELIESE**

AZB 3900 Brig • NR. 203 / Juni 2008

Bitte Adressänderungen melden bei:  
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis